



## Protokoll

**28. Sitzung des Gemeinderates**  
**Montag, 3. Dezember 2012, 18.00 Uhr,**  
**Gemeinderatssaal, Stadthaus**

## TRAKTANDEN

1 Mitteilungen

2 Protokollabnahme

3 Antrag der Sekundarstufe betreffend Voranschlag 2013  
(Antrag Nr. 142/2012)

4 Antrag des Stadtrates betreffend Leistungsaufträge 2013-2016 und Globalbudgets 2013 /  
Finanzplanung 2014-2016

(Antrag Nr. 138/2012 und Antrag Nr. 144/2012)

4.1 Überblick von Werner Egli

4.2 Allgemeine Diskussion / Eintretensdebatte

4.3 LA Parlamentarische Dienste

4.4 GF Steuerung und Führung

4.5 GF Bürgerrecht und Dienste

4.6 GF Kultur

4.7 GF Finanzen

4.8 GF Liegenschaften

4.9 GF Infrastrukturbau und Unterhalt

4.10 GF Stadtraum und Natur

4.11 GF Hochbau und Vermessung

4.12 GF Koordination Bildung

4.13 GF Sicherheit

4.14 GF Publikumsdienst

4.15 GF Soziale Sicherheit

4.16 GF Gesundheit

4.17 GF Betreutes Wohnen

4.18 GF Sport

4.19 GF Sozialhilfe

4.20 GF Primarschule

- 5 Investitionen des Voranschlages 2013
- 6 Festsetzung des Steuerfusses 2013
- 7 Schlussabstimmung

## Präsenz

Vorsitz	Walter Strucken, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	36 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Sekundarstufe Uster	Thomas Pedrazzoli, Präsident Alessandro Virgelli, Finanzdelegierter Nicole Curcuruto, Leiterin Schulverwaltung
Verwaltung	Stefan Wyss, Abteilungsleiter Finanzen ad interim Peter Pfeifer, Controller
Verspätet:	Rolf Denzler (ab Traktandum 4.1) Sabine Wettstein (ab Traktandum 4.1)
Presse	Christian Brütsch, AvU Stephan Hotz, NZZ

Der Präsident begrüsst namentlich die Vertretung der Sekundarstufe, nebst allen Anwesenden und die Zuschauer auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

## Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

## Persönliche Erklärung:

Werner Kessler

*Werte Kolleginnen und Kollegen  
Werte Damen und Herren*

*Einmal mehr ist mein Motto, steter Tropfen höhlt den Stein, nach 20 Jahren aufgegangen. Mit der Verzögerung der Abstimmung durch den Stadtrat von fast 4 Jahren hat er im Volk das Gegenteil erreicht, trotz dem Kredit zu Uster West, das meines Erachtens zum Juristenfutter verkommen wird.*

*Mit Freude hab ich 2 Tage lang am Uster Markt die Huldigungen der Bürger zum überraschend guten Abstimmungsergebnis für die Unterführung Winterthurerstrasse entgegengenommen. Dieses Resultat ist eine klare Aufforderung an den Stadtrat, dem Wählerwillen zu folgen und die Planung mit dem Zusatzkredit baldmöglichst fertig zu stellen.*

*Dem Stadtpräsidenten, dem Stadtrat und meinen Parlamentskolleginnen und -kollegen rate ich, den Puls beim Volk wieder mal zu fühlen, damit Ihr Euch versichern könnt, was die Bürgerinnen und Bürger wirklich unter den Nägeln brennt. Ich musste mir diesbezüglich über die Verlierer einiges anhören von eigensinnig, arrogant, stur bis abgehoben, wobei auch einiges nicht druckreif ist. Was mich jetzt zum Schluss aber doch noch ärgert, ist, dass mir in Oberuster beim Bahnübergang zwei Plakatständer gestohlen wurden, hoffe aber nicht von den Gegnern.*

## Fraktionserklärung:

Cla Famos

*Das Ustermer Stimmvolk hat vor 1 Woche mit einem JA-Anteil von knapp 60 % die Volksinitiative „Unterführung Winterthurerstrasse“ angenommen. Damit haben sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dafür ausgesprochen, das Unterführungsprojekt fertigzustellen. Faktisch ist nun der Stadtrat beauftragt, weitere rund CHF 250'000.—für die Projektierung zu beantragen. Weniger, aber auch nicht mehr hat das Stimmvolk nicht entschieden. Die Entscheidung des Volkes ist zu akzeptieren, aber man darf daraus auch nicht falsche Schlüsse ziehen. Das Initiativkomitee hat im Nachgang an diese Abstimmung via Medien die Forderungen erhoben, einen runden Tisch einzuberufen, einen Mediator bzw. Mediatorin zu engagieren und das Dossier dem zuständigen Stadtrat zu entziehen. Zudem ist das Komitee Pro Unterführung Winterthurerstrasse zum Komitee gegen die Strasse Uster West mutiert. Diesem Aktivismus ist entgegenzutreten.*

*Die Initiative verlangt eine Unterführung Winterthurerstrasse **unabhängig** von der Realisierung der Strasse Uster-West. Das JA des Ustermer Stimmvolkes zur Initiative kann somit nicht als NEIN zu Uster-West interpretiert werden. Zudem verkennt das neue Komitee gegen Uster-West, dass der Kantonsrat mit einem JA-Anteil von gegen 75 % den Regierungsrat beauftragt hat, die Strasse Uster-West zu realisieren. Dieser Kantonsratsentscheid ist definitiv und somit für den Regierungsrat verbindlich. Weder ein runder Tisch noch ein Mediator kann diesen Entscheid rückgängig machen. Das JA zur Initiative Unterführung Winterthurerstrasse ändert auch nichts an den Eigentumsverhältnissen an der Winterthurerstrasse. Immer noch hat der Kanton die Strassenhoheit. Der Kanton entscheidet, ob und falls ja, unter welchen Auflagen eine Unterführung gebaut werden kann. Weder ein Mediator noch ein runder Tisch kann an dieser Tatsache etwas ändern. Das Initiativkomitee tut gut daran, nach dem Siegestaumel auf den Boden der nüchternen politischen Realität zurückzukommen. Und diese Realität bedeutet, dass der Stadtrat nun das Projekt beförderlich fertigzustellen und den zuständigen kantonalen Stellen zur Vernehmlassung zu unterbreiten hat. Erst nach Vorliegen dieser Berichte ist die Ustermer Politik wieder gefordert. Nicht früher, aber auch nicht später.*

*Uster, 3. Dezember 2012*

## **1 Mitteilungen**

Der Vorsitzende verweist auf die Aktenaufgabe.

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 27. Sitzung des Gemeinderates vom 12. November 2012 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

### 3 Antrag der Sekundarstufe betreffend Voranschlag 2013 (Antrag Nr. 142/2012)

Die Näniker befinden sich bei diesem Geschäft bei der Abstimmung im Ausstand.

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Claudia Wyssen**.

#### **KBK-Referat SSU Voranschlag 2013**

*Die KBK hat den Voranschlag der Sekundarschulpflege Uster am 19. November 2012 behandelt. Anwesend waren nebst der KBK der Sekundarschulpräsident Thomas Pedrazzoli, Alessandro Virgelli, Finanzverantwortlicher und Nicole Curcuruto, neue Leiterin der Schulverwaltung.*

*Die Aufwandsteigerung von 2,3 Mio. kam durch die Löhne, Lehrerlöhne, die BVK-Sanierung, das Bauprojektmanagementhandbuch, externe Beratung, und anderes zustande.*

*Zu den Investitionen: Die Sanierung des Schulhauses Weidli geht planmässig voran. Nächstes Jahr werden voraussichtlich Zahlungen von 1,8 Mio. geleistet werden.*

*Für das HPSU –Projekt ist mittlerweile das Siegerprojekt bekannt gegeben worden . Die SSU wird mit einem Antrag für einen Projektierungskredit zum Gemeinderat kommen. Wie hoch die Kosten für das Vorprojekt und die damit verbundenen Arbeiten sein werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht verifiziert werden. Sie liegen im Bereich von 0,5 Mio.*

*Im Schulhaus Krämeracker ist für CHF 50'000 ein gedeckter Containerabstellplatz geplant. Weiter muss aufgrund diverser Defekte für CHF 250'000 das Naturkundezimmer saniert werden.*

*Die Raumgrössen der Unterrichtszimmer werden im Schulhaus Krämeracker den neuen Richtlinien angepasst.*

*HRM2 (Harmonisiertes Rechnungsmodell 2) schreibt diverse Anpassungen vor. Es wird bei Globalbudgets eingeführt und die SSU möchte die Vorgaben so schnell als möglich erfüllen, resp. mit der Umsetzung konkret beginnen.*

*Wir haben nachgefragt, was sich die SSU unter „strategischen Führungsgrundsätzen“ vorstellt. Hierzu wurde uns erläutert, dass diese erarbeitet und kommuniziert werden. Das Zusammenspiel zwischen strategischer und operativer Ebene soll geklärt sein und das Führungsinstrumentarium ist optimiert.*

*Am 1. Juli 2012 gab es einen Wechseln in der Leitung der Schulverwaltung. Die SSU rechnet mit einer Umverteilung der Stellenprozenz innerhalb der Verwaltung und Teilanpassungen.*

*Die SSU erarbeitet ein Risikomanagement. Bis jetzt gibt's ein Krisenmanagement, z. B. für schlimme Unfälle. Das Risikomanagement beinhaltet mehr, z. B. auch Internetausfälle. Es soll bis Ende Legislatur entwickelt sein.*

*Es wurde nachgefragt, wie absehbar die IT-Kosten sind. Hier geht die SSU davon aus, dass sich diese Kosten in etwa sechs Jahren einpendeln werden. Die SSU hat beim Mengengerüst extrem reduziert und setzt vermehrt auf leistungsfähigere Geräte. Momentan bezieht sich der Lebenszyklus auf ca. 6 Jahre. Teuer sind die Online-Lehrmittel, welche teilweise bezogen werden müssen.*

*S. 11 Die Erhöhung der Aufwände der Leistungsgruppe Behörde und Sekretariat betreffen die Entschädigungen Tag- und Sitzungsgelder, Besoldungen und Sozialleistungen. Dies hat einen Zusammenhang mit der Ablehnung der beantragten Behördenentschädigung. Dies führt auch dazu, dass vermehrt auf externe Berater zurück gegriffen wird.*

*Die Wirksam- und Notwendigkeit der sonderpädagogischen Massnahmen werden durch halbjährliche Standortgespräche überprüft.*

*Die Schulpflege ist mit der Arbeit der Schulsozialarbeitenden sehr zufrieden. Allgemein haben die Schulen wenig Probleme mit sozial auffälligen Schülern. Die SSA trägt dazu einen grossen Beitrag bei. Für die Zusammenführung mit der PSU besteht ein Projektauftrag.*

*S. 18 K 04: Die Kosten verdoppeln sich durch die gestiegenen Heimkosten. Zudem erzeugt die integrative Sonderschulung Ausgaben für die die SSU zuständig ist. Z. B. die Fahrkosten für ein schwerst behindertes Kind werden von der IV nicht übernommen. Die Kantonsbeiträge wurden gestrichen.*

*Und es gibt vermehrt Jugendliche, die kein Wort Deutsch können und daher eine separate intensive Deutsch-Schulung brauchen. Hier merkt die SSU, dass das DaZ in der Primarschule gekürzt wurde. Das DaZ auf Sekundarschulstufe wird weiter zunehmen.*

*Gemäss Entscheid der Sekundarschulpflege soll im Jahr 2013 der Steuerfuss um 1% gesenkt werden. Dies führt zu einem sinkenden Eigenkapital. Es wurde nachgefragt, welche finanzpolitischen Ziele die SSU verfolgt.*

*Hierzu kann gesagt werden, dass die SSU über beträchtliche flüssige Mittel verfügt und zudem schuldenfrei dasteht. Diese Situation soll nun korrigiert werden. Die bevorstehenden Investitionen müssen getätigt werden und die flüssigen Mittel sollen reduziert werden. Auch kann eine moderate Verschuldung ins Auge gefasst werden.*

*Momentan handelt es sich beim teuersten Projekt um die HPSU im Schulhaus Weidli. Die SSU hat entschieden, jetzt mit dem Steuerfuss herunter zu gehen. Wenn Investitionen später eine Steuerfusserhöhung nötig machen würde, käme die SSU in einigen Jahren mit einem entsprechenden Antrag.*

*In der KBK wurden der Antrag gestellt, dass der Globalkredit des Geschäftsfeldes Sekundarstufe mit Fokus auf die Leistungsgruppen Sonderpädagogik und Unterricht um CHF 500'000 zu kürzen sind. Dies, da die Ausgaben überdurchschnittlich gestiegen sind.*

*Die Sekundarstufe entgegnet, dass viele Kosten laufend auf die Schule abgewälzt werden. Zudem laufen momentan sowohl separative als auch integrative Schulungen. Die Kosten der separativen Schulung werden laufend zurück gehen, während die Kosten der integrativen Schulung zwingend steigen werden. Eine Umsetzung des Kürzungsantrages sei in keinem Fall machbar.*

*Die KBK hat dem Kürzungsantrag mit 5:4 Stimmen zugestimmt.*

*Weiter wurde der Antrag gestellt, dass der Steuerfuss von 19% beibehalten wird.*

*Die SSU entgegnete auf diesen Antrag, dass dieser Punkt in der Schulpflege intensiv diskutiert worden sei. Letztlich kann die SSU mit beiden Sätzen leben.*

*Dieser Antrag wurde mit 3:6 Stimmen abgelehnt.*

*Die KBK beschliesst mit 9:0 Stimmen den geänderten Voranschlag 2013 zu genehmigen.*

*Claudia Wyssen, KBK*

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

*Geschätzter Ratspräsident  
Geschätzte Anwesende*

*Die RPK hat den Voranschlag 2013 der SSU am 26. November 2012 beraten. Die SSU plant für 2013 bei einem Aufwand von ca. 26.5 Mio. und Einnahmen von ca. 24.5 Mio. mit einem Fehlbetrag von Fr. 2'008'800.*

*Gleichzeitig möchte die SSU den Steuerfuss um 1 % senken.*

*In der RPK wurde vor allem der Steuerfuss diskutiert. Wird als Referenzgrösse das **Eigenkapital** genommen, macht eine Steuerfuss-Senkung durchaus Sinn. Das Eigenkapital ist höher als die gesamten Ausgaben eines Jahres. Allerdings besteht das Eigenkapital vor allem aus Verwaltungsvermögen, d.h. den vier Schulanlagen. Und diese stehen ja nicht zum Verkauf.*

*Wird als Referenzgrösse das **Nettovermögen** genommen – hier wird das Verwaltungsvermögen nicht berücksichtigt – sieht die Situation anders aus. Das Kontokorrent bei der Stadt (das ist die Liquidität der SSU = entspricht ungefähr dem Nettovermögen) belief sich anfangs 2012 auf ca. 10 Mio. Franken. Aufgrund der doch ansehnlichen Investitionen und dem geplanten Fehlbetrag im 2013 sinkt das Nettovermögen bis Ende 2016 auf Minus 7.5 Mio. und entspricht dann einer Nettoschuld. Würde der Steuerfuss nicht gesenkt, würde die Nettoschuld Ende 2016 „nur“ rund 4 Mio. statt 7.5 Mio. betragen.*

*In der RPK musste der **Kürzungsantrag** aus der KBK behandelt werden. Es geht darum, dass der Globalkredit um Fr. 500'000 gekürzt werden soll, vor allem weil die Antragsteller Meinung sind, dass die Kosten für die Sonderpädagogik zu stark steigen.*

*Dazu wurde bemerkt, dass die Kosten der Sonderpädagogik durchaus realistisch budgetiert sind:*

- a) für die Gesamtkosten der separativen Sonderschulung sind insgesamt 2 Mio. budgetiert. Gemäss heutigem Wissenstand sind es 49 Schülerinnen und Schüler, die separativ geschult werden müssen. Bei Kosten von 60 - 120'000 pro Schüler/Schülerin und Jahr sind Kosten von über 2 Mio. zu erwarten.*
- b) für die Gesamtkosten der integrativen Sonderschulung sind 0.5 Mio. budgetiert, was einer Steigerung gegenüber dem letzten Budget von 260'000 Fr. ausmacht. Integrativ geschult werden nur Schülerinnen und Schüler, die bereits diese Schulform in der Primarschule integrativ geschult wurden. Abgänge gibt es keine, aber es kommen voraussichtlich 10 neue Schülerinnen und Schüler dazu. Werden die Kosten der integrativen Schulung mit ca. Fr. 40'000 angenommen, ergeben sich Mehrkosten von eher mehr als Fr. 260'000 im 2013.*

*Der Kürzungsantrag um Fr. 500'000 (LG Sonderpädagogik und Unterricht) wurde in der RPK mit 4 : 4 Stimmen und Stichentscheid des Präsidenten angenommen.*

*Ein Antrag um **Belassung des Steuerfusses** auf 19 % wurde mit 4 : 4 Stimmen und Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.*

*In der **Schlussabstimmung** hat die RPK den Voranschlag der SSU mit 7 : 1 Stimmen genehmigt und empfiehlt dem Gemeinderat, das gleiche zu tun.*

*3. Dezember 2012 / Walter Meier, GR*

**Thomas Pedrazzoli**

***Pekuniäre Interessen allein definieren noch keine Bildungspolitik***

*Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren*

*Die Sekundarschulpflege Uster legt Ihnen ein Budget vor, das mit einem Aufwandüberschuss von 2 Mio Franken aufwartet. Gleichzeitig beantragt sie Ihnen den Steuerfuss um 1 % zu senken.*

*Die Schulpflege meint damit Ihnen einen Vorschlag zu unterbreiten, der einerseits die hohen Eigenmittel moderat abbaut und andererseits sich selber einen klaren Auftrag erteilt, mit den vorhandenen Mitteln haushälterisch umzugehen.*

*In den Kommissionen stellen die bürgerlichen Fraktionen den Antrag bei der Sek Uster ½ Mio. Franken in der Leistungsgruppe Unterricht und Sonderpädagogik einzusparen.*

*Die zwei Leistungsgruppen decken den gesamten Bereich der Regelschule ab. Erlauben Sie mir deshalb eine erste Kritik.*

*Mit Ihrem Antrag sind sie näher bei einer rein finanziellen Steuerung als einer Leistungssteuerung nach Idee von NPM. (New Public Management) Ich frage mich, für was wir Indikatoren ersinnen, prüfen und dokumentieren, wenn ein einzelner Antrag in dieser Art von Rasenmäher Manier daherkommt. Damit Sie mich richtig verstehen. Wenn das Ihre bevorzugte Art der Steuerung ist – kein Problem. Aber dann bitte sorgen Sie für Klarheit und schaffen Sie das NPM ab.*

*Mich freut es jedes Mal sehr, dass wir in der Fachkommission immer gut und kompetent erklären können, warum unser Budget so und nicht anders aussieht.*

*Dass dann ohne eine einzige Rücksprache mit uns, Sparanträge im stillen Kämmerli ausgeheckt werden, freut mich weniger.*

*Ich stelle also fest, von echtem Interesse an einer Zusammenarbeit keine Spur.*

*Und jetzt zum Inhalt des Antrages.*

*Sie beauftragen uns, in den Leistungsgruppen Unterricht und Sonderpädagogik zu sparen obwohl Sie wissen, dass dies Kosten zu mindestens 90% gebunden sind. Ist es ihr Auftrag Leistungen zu kürzen? Dann bitte sagen sie uns wo! Und stellen nicht einfach eine pauschale Vermutung an.*

*Oder ist es ein allgemeines Misstrauen – weil wir stetig steigende Aufwände haben, weil Bund und Kanton bald sämtliche Kosten auf die Gemeinden abwälzen?*

*Neu 80 % der Lehrerlöhne – neu keine IV Unterstützung mehr, neu: keine Fahrtkostenschädigung mehr - Neu- keine Staatsbeiträge für Schulhaus bauten – neu - weniger Mittel aus dem Finanzausgleich.*

*Dann hauen Sie den Sack und meinen den Esel.*

*Aber offenbar trauen Sie uns nicht zu, dass wir unser Budget im Lot behalten können.*

*Meine Damen und Herren*

*Die Sek Uster hat im aktuellen Budget die Aufwände für DAZ (Deutsch als Zweisprache erhöhen müssen. Warum?*

*Seit die Primarschule diese Leistungen auf Ihr Geheiss auf ein Minimum reduziert hat, steigen bei uns in der Sek diese Kosten. Ob das einen Zusammenhang hat?*

*Wenn ich sehe, in welchem Spareifer die Primarschule ihre die Sparaufträge umsetzt – ganz ehrlich mir wird schlecht dabei. Und in der Primarschule wollen Sie das Budget der Sonderpädagogik auch noch um 400'000.- senken. Mit diesem Antrag gehen Sie eindeutig zu weit. Die Primarschule ist damit nicht mehr in der Lage ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.*

*(Gehen Sie mal ins Schulhaus Pünt und lassen Sie sich von der Schulleiterin erklären was ihre Probleme sind.)*

*Und diese Schüler kommen dann zu uns und das Spiel geht weiter.*

*Irgendwann schieben wir die Schüler ab in Richtung BWS und füllen diese Schule nur noch mit unseren eigenen Schülern.*

*Und wir wundern uns dann, dass die hohe Erfolgsquote von 97 % Anschlusslösung nicht mehr gewährleistet werden kann.*

*Und dann geht es weiter – die Jugendlichen landen in grosse Zahl beim Sozialamt. Die Schule ist dann fein raus, weil sie an allen Ecken und Enden gespäret hat. Und dann dürfen Sie wieder das Budget von Stadträtin Thalman Nachfolge in die Zange nehmen.*

*Dass die Stadt Uster eine der tiefsten Sozialhilfequoten hat sich auch der Qualität der Schulen zu verdanken.*

*Meine Damen und Herren*

*Bildung kostet Geld. Und keine Bildung kostet noch mehr Geld. Es geht um unsere Kinder, unsere Schülerinnen und Schüler um die Bildungsstadt Uster und letztlich um unsere Zukunft.*

*Diese zwei Sparanträge sind in meinen Augen billiger Populismus auf Kosten der Schwächsten! Das wird sich rächen meine Damen und Herren.*

*Und ich mache Sie persönlich dafür verantwortlich wenn in 5 - 10 Jahren die Kosten im Sozialbereich explodieren.*

*(Die Bildungsstadt Uster ist tatsächlich eine grossartige Vision.*

*Allein mit den pekuniären Interessen unseres Finanzvorstehers im Stadtrat, definieren Sie noch keine Bildungspolitik!)*

*Ich hoffe sehr, meine Damen und Herren, dass ich Sie mit meinen Worten aufgekratzt habe. Und noch mehr hoffe ich, Ihnen ein schlechtes Gewissen eingeredet habe und dass Sie an die Worte denken wenn sie nachher für die Kürzungen in Primarschule und Sekundarstufe stimmen.*

*Wenn das der Fall ist – habe ich mein Ziel erreicht. Und dann besteht die Hoffnung, dass aus unserem Bildungsmonolog ein Bildungsdialog wird.*

**Claudia Wyssen**

### ***SP-Fraktion zum Voranschlag der Sekundarschule Uster***

*Die SP-Fraktion unterstützt grundsätzlich den Voranschlag der Sekundarschule Uster.*

*Den Kürzungsantrag können wir unter keinen Umständen unterstützen, da nicht auf Kosten der Schwächsten gespart werden darf. Die SSU integriert Kinder mit einem Handicap in die öffentlichen Schulen. Dies ist mit grossem Aufwand verbunden – unbestritten. Und der Kanton wälzt immer mehr Kosten auf die Gemeinden nieder, was logischerweise zu steigenden Kosten in der SSU führt. Allerdings gehen wir nun den Pfad der Integration – also gehen wir ihn doch richtig. Die SP lehnt den gestellten Kürzungsantrag ab.*

*Beim Steuerfuss beurteilt die SP die Fakten etwas anders als die Sekundarschulpflege.*

*Wir sind dezidiert der Meinung, dass zuerst die grossen Investitionen getätigt werden sollen, bevor der Steuerfuss angetastet werden darf. Deshalb stellen wir den Antrag, den Steuerfuss auf 19% zu belassen.*

*Claudia Wyssen, SP-Fraktion*

**Cla Famos**

***Voranschlag der Sekundarschulgemeinde Uster***

*Wir fordern seit Jahren eine Reduktion des Steuerfusses der Sekundarschulgemeinde. Deshalb unterstützen wir die Sekundarschulpflege in ihrem Antrag, den Steuerfuss um 1% auf 18% zu senken.*

*Sorgen bereitet uns aber die Aufwandsteigerung von fast 10% in einem einzigen Jahr (Hochrechnung 2012 zu Budget 2013). Wenn man bedenkt, dass auch das Budget 2012 schon mehr als 11% über dem Abschluss 2011 lag, sieht man, mit welchem massiven Problem wir hier konfrontiert sind! Diese enorme und kontinuierliche Aufwandsteigerung muss dringend analysiert und überprüft werden. Das ist unangenehm, aber es muss getan werden, solange man noch Handlungsspielraum hat. Deshalb fordern wir eine Kürzung des Budgets um CHF 500'00 mit dem Fokus auf der Sonderpädagogik, wo die Kosten richtiggehend explodieren. Allerdings reicht das allein nicht. Wir rufen die Sekundarschulpflege auf, nun von sich aus aktiv zu werden und nachhaltige Sparmöglichkeiten zu finden. Die Stadt Uster wächst, aber was wir hier sehen, hat wenig mit dem Wachstum von Schülerzahlen zu tun. Es kann nicht sein, dass Schule einfach jedes Jahr 10% mehr kostet. Die Ablehnung der Grundstufe vor einer Woche ist ein klares Zeichen, dass die Bevölkerung kein Verständnis hat für immer neue Projekte, die wohl alles teurer machen, aber unter dem Strich – sogar wissenschaftlich getestet – nichts wesentlich Neues bringen. Unsere beiden Schulpflegen sind gut beraten, diesen Wink ernst zu nehmen.*

**Walter Meier**

***Voranschlag 2013 SSU***

*Sehr geehrter Präsident  
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

*Die GLP/EVP/CVP-Fraktion vertritt folgende Meinung zu den Anträgen, die im Raum stehen:*

- 1. der Kürzungsantrag mit Fokus auf die LG Sonderpädagogik und Unterricht ist zwar verständlich aber unrealistisch. Wir sollten vielmehr der Schulpflege den Daumen drücken, dass sie ihre eigenen Ziele in der Sonderpädagogik erreichen kann.*
- 2. Die Senkung des Steuerfusses um 1 % ist schon lange im Gespräch. Ob es wirklich sinnvoll ist, das Nettovermögen innerhalb der nächsten 2 Jahre völlig abzubauen, wagen wir zu bezweifeln. Allerdings hat die Oberstufenschule Nänikon-Greifensee den Steuerfuss gesenkt. Es ist deshalb sinnvoll, hier einen Schritt in diese Richtung zu machen. Allerdings werden wir kaum darum herumkommen, den Steuerfuss in wenigen Jahren wieder zu erhöhen.*

*Walter Meier, GR*

**Gusti Hofmann**

*Beim Kürzungsantrag des Globalkredites um Fr. 500'000.— mit Fokus Sonderpädagogik ist festzuhalten, dass das Problem eigentlich beim Kanton ist der die Richtlinien vorgibt und die Gemeinden müssen diese Vorgaben umsetzen und natürlich auch finanzieren. Hier müsste die Sekundar-Schulpflege eine Strategie gegen oben entwickeln, d.h. sich gegen ihrer Meinung nach falschen Vorgaben wehren. Denn es kann nicht sein, das Lehrpersonen nach kurzer Zeit aussteigen*

*und Quereinsteiger diese Lücke füllen müssen. Auch die Idee des Kantons, dass Lehrpersonen eine zusätzliche heilpädagogische Ausbildung absolvieren sollten, ist ein Indiz, dass die Strategie des Kantons mit mehr Kosten verbunden ist als ursprünglich vorgesehen.*

*Zu diesem Thema hat die SVP vor kurzem einen sehr guten und fundierten Fragenkatalog an die Schulpflege gerichtet. Die Beantwortung der Fragen ist sicher eine gute Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen. Denn auch wir Grünen sind der Ansicht, dass Potential für Optimierungen vorhanden ist. Dieser Kürzungsantrag kommt zur falschen Zeit. Warten wir doch zuerst die Antworten ab bevor wir Kürzungen vornehmen!*

*Wir Grünen lehnen deshalb den Kürzungsantrag von Fr. 500'000.-- ab.*

*Bei einer Steuerfussenkung muss unbedingt die Entwicklung des Netto-vermögens, quasi der Kassenstand, angeschaut werden. Dieses sieht aber bei einer Senkung so aus, dass im Jahre 2015 die Kasse leer sein wird und Geld aufgenommen werden muss bzw. der Steuerfuss wieder erhöht werden muss. Kreditzinsen die bezahlt werden müssen reduzieren den Betrag, welcher der Bildung zur Verfügung stehen sollte.*

*Deshalb sind wir Grüne für die Beibehaltung des Steuerfusses bei 19%.*

*Für die Grünen  
Gusti Hofmann*

Keine weiteren Wortmeldungen.

### **Kürzungsantrag**

*Der Globalkredit der Sekundarstufe ist mit Fokus auf die LG Sonderpädagogik und Unterricht um CHF 500'000 zu kürzen.*

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst  
mit 14 : 18 Stimmen (1 Enthaltung)  
den Antrag abzulehnen.**

### **Änderungsantrag**

*Der Steuerfuss sei auf 19 % zu belassen.*

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst  
mit 10 : 23 Stimmen (0 Enthaltung)  
den Antrag abzulehnen.**

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung Steuerfuss**

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 : 3 Stimmen (1 Enthaltung)

Der Steuerfuss zur Deckung des Aufwandes der Sekundarschulgemeinde Uster wird auf 18 % (Vorjahr 19 %) des einfachen Staatssteuerertrages festgesetzt.

---

**Abstimmung Voranschlag**

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 : 3 Stimmen (1 Enthaltung)

Der Voranschlag 2013 und die Investitionsrechnung der Sekundarschulgemeinde Uster wird genehmigt.

#### 4 Antrag des Stadtrates betreffend Leistungsaufträge 2013-2016 und Globalbudgets 2013 / Finanzplanung 2014-2016 (Antrag Nr. 138/2012 und Antrag Nr. 144/2012)

Der Vorsitzende erläutert das detaillierte Vorgehen der Budgetberatung und das Abstimmungsprozedere. Zuerst wird Finanzvorstand Werner Egli referieren, dann der Präsident der RPK, dann erhalten die Fraktionsmitglieder das Wort und am Schluss ist die Debatte offen für die Gesamtvorlage. Es wird nur über die Änderungsanträge abgestimmt. Die Schlussabstimmung erfolgt am Ende der Beratungen.

Die Sprecher/innen der Kommissionen halten ihre Referate. Wo keine Anträge vorliegen, entfällt das Referat der RPK.

Finanzvorstand **Werner Egli** referiert zum Voranschlag 2013.

##### 4.1 Überblick von Wener Egli

#### **VORANSCHLAG 2013 DER STADT USTER / BERICHT GR**

##### **Einleitung**

*Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder des Parlaments. Sehr geehrten Damen und Herren.*

*Gerne stelle ich Ihnen heute Abend den Bericht zum Voranschlag 2013 mit der Finanzplanung 2014-2016 vor. Es handelt sich hier um die Weisung Nr. 144, welche der Stadtrat am 25.9.2012 genehmigt hatte.*

*Nebst dem nun in Rede stehenden Bericht zum Voranschlag haben Sie vor den Herbstferien auch die Leistungsaufträge 2013-2016 und die Globalbudgets 2013 erhalten. Es sind dies 17 Leistungsaufträge mit ihren Budgets sowie separat - die Berechnungen der Parlamentarischen Dienste. Diese Weisung erscheint nun zum zweiten Mal in etwas kompakterer Form.*

*Ich werde Ihnen nun vorab einige Zahlen zur Hochrechnung 2012 präsentieren. Dann möchte ich Ihnen eine Gesamtübersicht für das kommende Jahr 2013 aufzeigen. Die einzelnen Zahlen und Daten der 17 Geschäftsfelder (+ Parlament) werde ich nicht näher kommentieren. Diese sind in der erwähnten Weisung detailliert aufgeführt. Die Globalbudgets entsprechen der Jahresplanung 2013 und beinhalten die Globalkredite, die Leistungsaufträge mit Indikatoren und Kennzahlen für die nächsten 4 Jahre. Dann eine Übersicht der zu besetzenden Stellen und dazu auch die Investitionen im jeweiligen Geschäftsfeld.*

*Die vom Stadtrat verfolgten „Finanzpolitischen Ziele“ werden mit diesem nun vorliegenden Bericht für das Budgetjahr 2013 mehrheitlich erfüllt. Für die kommenden Planjahre sind jedoch weitere Anstrengungen notwendig, damit auch in Zukunft eine positive Zielerreichung festgehalten werden kann.*

##### **Hochrechnung 2012**

*Für das laufende Geschäftsjahr 2012 wurde mit dem Voranschlag ein Ertragsüberschuss von 840'000 Franken verabschiedet. Im nun im heute in Rede stehenden Bericht „Voranschlag 2013“ sind wir von einem positiven Ergebnis für 2012 zwischen 3,0 und 4,0 Mio. Franken ausgegangen. Heute Abend muss ich Sie aber von einem Ergebnis, dass in der Nähe des ursprünglich bewilligten Voranschlages liegt, informieren. Letzte Erkenntnisse bei den Steuererträgen zeigen auf, dass wir mit etwas tieferen Einnahmen, als noch im Frühherbst 2012 erwartet, kalkulieren müssen. **Trotzdem wird das Rechnungsjahr 2012 mit einem Ertragsüberschuss abschliessen.** Die Investitionstätigkeit im laufenden Jahr ist tiefer als budgetiert. Folglich werden auch die*

Abschreibungen geringer ausfallen. Dies wird Wirkung auf das Ergebnis der laufenden Rechnung 2012 zeigen. Das genaue Ergebnis für das Haushaltsjahr 2012 wird ca. Ende Januar 2013 vorliegen.

### **Voranschlag 2013**

Der Voranschlag 2013 zeigt in der laufenden Rechnung, bei einem Aufwand von 234 Mio. Franken und einem Ertrag von 232 Mio. Franken, ein Defizit von 2 Mio. Franken auf. Das Budget 2013 ist mit einer deutlichen Erhöhung der Aufwendungen konfrontiert. Diese Steigerung ist mehrheitlich auf äussere Faktoren zurückzuführen, die die Stadt selber nicht steuern kann. Dazu gehören beispielsweise die Sanierung der kantonalen Beamtenversicherungskasse (BVK) mit 2,1 Mio. Franken, Mehrkosten für die neue Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) mit 1 Mio. Franken und Mehrkosten Tagesstrukturen und Zusatzkosten aufgrund kantonalen Vorgaben an die Schulen von total 1,9 Mio. Franken. Durch die Anpassung der Heimtarife an die kantonalen Richtwerte entstehen Mehrkosten von rund 900'000 Franken. Es ist zu beachten, dass wir auch für 2013 eine ausserordentliche Abschreibung von Fr. 5 Mio. eingeplant haben. Der Cashflow 2013 inkl. Spezialfinanzierungsbereiche beträgt gemäss unseren Berechnungen rund 14 Mio. Franken.

Bei den Investitionen stehen im Verwaltungsvermögen Nettoinvestitionen in der Höhe von knapp 29 Mio. Franken an. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt gemäss den Planvorgaben „nur“ rund 50%, was bedeutet, dass wir die andere Hälfte auf dem vorhandenen Nettovermögen beziehen müssen. Im Geschäftsjahr 2010 wurden 11 Mio. Franken investiert. Im 2011 waren es knapp 14 Mio. Franken und für das laufende Geschäftsjahr erwarten wir aufgrund der kürzlichen Rückmeldungen aus den Abteilungen rund 18 Mio. Franken an Investitionsausgaben. Die Finanzierung der nun anstehenden, neuen Investitionen kann im 2013 wohl nicht mehr alleine aus der vorhandenen Liquidität vollzogen werden. Eine Aufnahme von kurzfristigem Fremdkapital (feste Vorschüsse) wird deshalb zum Thema werden. Wir werden zudem im Frühling 2013 ablaufende Darlehen in der Höhe von 10 Mio. Franken zurückzahlen und dadurch die langfristigen Darlehensschulden per Ende 2013 auf tiefe 10 Mio. Franken reduzieren können. Ein weiterer Abbau der Fremdverschuldung wird ab 2014 wohl nicht mehr möglich sein. Eine Aufnahme von neuen, zinsgünstigen Darlehen soll jedoch auch die alten und teuren Darlehen bei deren Fälligkeit ablösen. Wir werden so im März 2014 eine letzte Tranche von Fr. 10 Mio. Franken eines langfristigen Darlehens zurückzahlen können. In einer Zeitphase tiefster Zinsverhältnisse, werden wir in den nächsten Monaten Terminabschlüsse für neue mittel- bis langfristige Darlehen (Fremdfinanzierung) auf 2014 und ff. prüfen um die in Zukunft anstehenden, hohen Investitionen möglichst zinsoptimiert finanzieren zu können.

### **Stadträtliche „Finanzpolitische Ziele 2010 bis..“**

Die bestehenden „Finanzpolitischen Ziele“, welche vom Stadtrat im Herbst 2010 genehmigt wurden, sind in den Voranschlag 2013 eingeflossen. Der Voranschlag 2013 sieht trotz einem Defizit von rund 2 Mio. Franken eine Selbstfinanzierung (Cash Flow) im Steuerhaushalt von gut 11 Mio. Franken vor und unterstützt so die stadträtlichen Finanzziele. Während der Finanzplanperiode 2014 bis 2016 ist die Einhaltung einzelner Ziele jedoch gefährdet und somit ist der Planung der nächsten Rechnungsjahre zusätzliche Aufmerksamkeit zu schenken. Insbesondere das hohe Investitionsvolumen der nächsten Jahre muss, falls es denn auch effektiv in diesem Ausmass vollzogen wird, über eine anteilmässige Selbstfinanzierung der Haushaltjahre finanziert werden können. Ein Abbau des Nettovermögens ist dabei jedoch vorgesehen und in den finanzpolitischen Zielen auch so definiert worden. Der Aufwandüberschuss des Rechnungsjahres 2013 und die hohen Investitionen werden dazu führen, dass das Nettovermögen per Ende 2013 erstmals seit Jahren spürbar abgebaut werden wird. Wir gehen per Ende 2013 von einem Nettovermögen von rund 70 Mio. Franken aus. Für 2014 bis 2016 wird schrittweise ein weiterer Abbau des Nettovermögens vollzogen werden.

### **Würdigung**

Trotz einer Erhöhung der Globalkredite um gut 7 Mio. Franken präsentiert sich das Ergebnis für 2013, dank guten Steuereinnahmen in der Gemeinde selber und einem, wenn auch nur einmalig (Rüschlikon-Effekt) erhöhten Steuerkraftausgleich **mit einem Aufwandüberschuss von 2 Mio.**

**Franken** akzeptierbar. Nach einem sehr guten Rechnungsergebnis im 2011 mit einem Ueberschuss von 11 Mio. Franken und einem vermutlich leicht positiven Resultat für 2012 kann das für 2013 **budgetierte Defizit gut verkraftet werden**. Das Eigenkapital ist mit rund 140 Millionen Franken nach wie vor hoch.

Das uns heute zur Verfügung stehende Nettovermögen von über 80 Millionen Franken konnte, trotz Steuersenkungen in den letzten Jahren, stetig erhöht werden. Trotz dieser sehr guten Ausgangslage muss weiterhin kostenbewusst im Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln gearbeitet werden. Diese Mittel werden nun auch immer öfters durch Vorgaben, sprich Kostenüberwälzungen seitens Bund und Kanton geschmälert.

Die hohen Investitionen der nächsten Jahre benötigen, obwohl, wie erwähnt, ein hohes Nettovermögen vorhanden ist, entsprechendes Kapital. Dazu müssen wir für die nächsten Jahre mit geringeren Cash flow's (Selbstfinanzierungen) in den Haushaltsrechnungen kalkulieren. Der Stadtrat beantragt Ihnen heute, den Steuerfuss für das kommende 2013 bei 91% beizubehalten. Zusammen mit der Sekundarschulgemeinde werden wir so für 2013 einen Gesamtsteuerfuss ausweisen, welcher rund 10% über dem neuen Kantonalen Mittel liegt. Dieser wurde im Rahmen des neuen Finanzausgleichs für 2012 auf aktuell 99% gesenkt.

Der Stadtrat hat das Budget 2013 mit der Unterstützung der einzelnen Abteilungen und neu mit der Begleitung der Firma Swissplan.ch mit hoher Sorgfalt erstellt. Im Namen des Stadtrates danke ich für das in uns gesetzte Vertrauen und ich freue mich auf eine weitere Zusammenarbeit mit Ihnen.

Werner Egli, Stadtrat und Finanzvorstand der Stadt Uster

Uster, 3. Dezember 2012

### Jean-François Rossier

Sehr geehrter Präsident  
Geschätzte Damen und Herren

An ihrer Sitzung vom vergangenen Montag, hat die RPK den Voranschlag 2013 beraten. Analog den vergangenen Budgetsitzungen, arbeiteten wir uns auch in diesem Jahr durch die einzelnen Geschäftsfelder durch. Die RPK befindet dabei nicht über die einzelnen Geschäftsfelder, sondern über den Voranschlag als Gesamtes. Bei der Bearbeitung der einzelnen Geschäftsfelder mussten verschiedene Kommissionsanträge behandelt werden. Die Details zu diesen Anträgen werden Ihnen in den folgenden Kommissionsreferaten erläutert.

Bei der Sekundarstufe gab, wie schon im vergangenen Jahr, der Steuerfuss Anlass zur Diskussion. Im letztjährigen Voranschlag wurden aus der Sachkommission zwei Anträge für eine Steuerfussreduktion gestellt. Im diesjährigen Voranschlag kommt der Antrag für eine Steuerfussreduktion von der Sekundarstufe selber. Ein in der Sachkommission gestellter Antrag verlangt hingegen die Beibehaltung des bisherigen Steuerfusses. Neben der Steuerfussdebatte gab ein Kürzungsantrag von CHF 500'000 aus der Sachkommission Anlass zu Diskussionen. Im Anschließenden Kommissionsreferat wird ausführlich darüber berichtet.

Kommen wir nun zur Beratung des Globalbudgets 2013 der Stadt Uster. Hier hat die Beratung in der RPK ergeben, dass in fünf Geschäftsfeldern Kürzungen oder Erhöhungen der jeweiligen Globalbudgets angenommen worden sind. Auch hier verweise ich auf die Kommissionsreferate zu den einzelnen Geschäftsfeldern. Diese Kürzungen bzw. Erhöhungen führen dazu, dass sich der Aufwandüberschuss im Voranschlag 2013 von den ursprünglich budgetierten CHF 2'128'000 auf CHF 1'444'000 reduziert.

*Ebenfalls leicht verändert hat sich das Investitionsvolumen für das Jahr 2013; dieses reduziert sich nach der RPK-Beratung von CHF 29'557'000 auf CHF 29'257'000.*

*Diese Reduktion ergibt sich aufgrund der Streichung folgender Investitionen:*

- *Kiosk Schiffflände, Sanierung (gänzliche Streichung von CHF 50'000)*
- *Villa am Aabach, Innensanierung (gänzliche Streichung von CHF 250'000)*

*Ein Antrag, welcher die Einstellung von CHF 300'000 in die Investitionen für die Bedarfsabklärung eines Stadthauses II verlangte, fand in der RPK keine Mehrheit.*

*Bei den Schlussabstimmungen kam die RPK zu folgenden Resultaten:*

- *Der Voranschlag 2013 der Stadt Uster wird mit den beschlossenen Änderungen einstimmig gutgeheissen:*
- *Die Investitionen des Voranschlages 2013 der Stadt Uster werden mit den beschlossenen Änderungen einstimmig gutgeheissen.*

*In der Festlegung des Steuerfusses beantragt der Stadtrat die Beibehaltung des aktuellen Steuerfusses von 91%.*

*Die RPK folgte diesem Antrag einstimmig.*

*Während der RPK-Beratung wurde auch die bevorstehende BVK-Sanierung diskutiert.*

*In diesem Zusammenhang ist von Interesse, welche ausserordentlichen Beiträge die Stadt Uster während den nächsten Jahren zu leisten hat.*

*Im vorliegenden Voranschlag 2013 sind bereits entsprechende Beiträge ausgewiesen. Leider jedoch nicht gesondert. Die RPK äusserte anlässlich der Beratung den Wunsch, diese Sanierungsbeiträge ab dem Budget 2014 sowie für die Rechnungslegung ab 2013 pro Geschäftsfeld im jeweiligen Anhang aufzuführen.*

*Um diesem RPK-Wunsch genügend Nachdruck zu verschaffen, wurde der Ihnen vorliegende Antrag formuliert, welcher von der RPK einstimmig angenommen wurde.*

***Antrag der RPK: Die BVK-Sanierungsbeiträge sind pro Geschäftsfeld im Anhang aufzuführen, dies ab Budget 2014 sowie für die Rechnungslegung ab 2013.  
Abstimmung: einstimmig gutgeheissen.***

*Aus Effizienzgründen verzichtet die RPK auf ein eigenes Referat, wenn keine Anträge vorgelegen haben, oder aber die Abstimmungen in der RPK zum gleichen Ergebnis geführt haben wie in den Sachkommissionen.*

*Die Sachkommissionsreferenten Innen werden die RPK-Ergebnisse in ihre Referate einbauen.*

*Zum Schluss bedanke ich mich im Namen der RPK beim Stadtrat und der Verwaltung für die Unterstützung und die Beantwortung der unterschiedlichsten Fragestellungen.*

## 4.2 Allgemeine Diskussion/Eintretensdebatte

**Ursula Räuftlin**

### ***Budget 2013 der Stadt Uster***

*Sehr geehrter Präsident,  
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

*Der Stadtrat legt uns hier ein Budget 2013 mit einem Defizit von 2.1 Mio. vor. Nach den Rechnungsüberschüssen der letzten Jahre ein verkraftbares Defizit. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre kann sich dieses wohl auch wieder ins Plus wenden.*

*Auf den ersten Blick scheint also alles in Ordnung. Auf den zweiten und dritten Blick weniger.*

*Der Stadtrat verfehlt wiederum seine selbst gesteckten finanzpolitischen Ziele. So verkommen die guten Absichten mehr und mehr zu einem leeren Versprechen. Somit liegt es am Gemeinderat allfällige Sparpotenziale auszumachen und mit angemessenen Budgetkürzungen zumutbare Sparbemühungen einzufordern.*

*Dass die Globalkredite um 7.4 Mio. Franken um deutlich mehr steigen, als aufgrund der Bevölkerungszunahme und Teuerung zu erwarten wäre, ist teilweise durch exogene Faktoren, insbesondere kantonale Vorgaben bestimmt. Allen voran die Sanierung der BVK, die alleine Mehrkosten von 2.1 Mio. verursacht. Wir müssen wohl oder übel in den sauren Apfel beißen und diese durch die BVK-Sanierung verursachten Erhöhungen der Globalkredite hinnehmen. Aber ganz klar im Wissen darum, dass die BVK-Sanierung zeitlich begrenzt sein wird, und wir dannzumal fordern werden, die Globalkredite wieder um diese Beiträge zu kürzen.*

*Ähnlich wie bei den finanzpolitischen Zielen, welche verfehlt werden, ergeht es uns auch mit dem Slogan „Uster – Wohnstadt am Wasser“. Damit dies nicht zum Lippenbekenntnis verkommt und Uster nicht nur quantitativ wächst, sondern auch in Sachen Lebensqualität zulegt, braucht es hingegen einen gewissen Service public, sowie Investitionen in die notwendige Infrastruktur.*

*Den riesigen Investitionsberg, den der Stadtrat vor sich her schiebt und welcher Jahr für Jahr anwächst, verkommt dabei zunehmend zur Manövriermasse. Anstatt endlich eine Priorisierung und Verzichtplanung anzugehen, sowie den Berg langsam abzubauen, werden Investitionsprojekte wo möglich zur Budgetkosmetik aufgeschoben.*

*Die GLP-EVP-CVP-Fraktion wird entsprechend heute Anträge unterstützen, welche unnötige Investitionen streichen sowie angemessene Kürzungen bei den laufenden Kosten bringen. Die Kürzungen sollen zur Effizienzsteigerung in den jeweiligen Geschäftsfeldern beitragen, hingegen lehnen wir den Abbau notwendiger Leistungen und das Verschieben notwendiger Investitionen entschieden ab.*

*Diese Differenzierung ermöglicht es, dass nicht am falschen Ort gespart wird, wie es sich bei der Bibliothek in absurder Weise zeigt, sondern für die Bevölkerung eine lebendige und lebenswerte Wohnstadt am Wasser gefördert wird.*

*Ursula Räuftlin  
Gemeinderätin Grünliberale*

## **Cla Famos**

*Uster hat dank der von uns in den letzten Jahren geforderten Sparsamkeit seine Finanzen gut im Griff und wird 2012 mit einem starken Plus abschliessen. Die von den Freisinnigen geforderte stärkere Steuersenkung (4 statt nur 2 Prozent des Steuerfusses), die wegen der mangelnden Unterstützung der SVP nicht zustande kam, wäre problemlos möglich gewesen und hätte ein wichtiges Zeichen gesetzt.*

*Mit 2 Mio. Franken Aufwandüberschuss ist das Budget 2013 negativ. Der absolute Fehlbetrag von etwa 2 Mio Franken macht zwar weniger als 1% des Budgets aus und ist daher nicht besorgniserregend – v.a. weil wir mit 5 Mio. ausserordentlichen Abschreibungen ja zukünftigen Aufwand vorwegnehmen. Wohl aber muss die Aufwandsteigerung von über 7% bei den Globalkrediten zur Sorge Anlass geben. Die Bevölkerung wächst pro Jahr um 1-2%, aber die Ausgaben um über 7% - das kann nicht gut gehen! Eine Gemeinde sollte in einer Wachstumsphase im Gegenteil versuchen, ihren Aufwand weniger schnell als ihre Bevölkerung wachsen zu lassen. Und das ist auch möglich, es braucht ja nicht für jeden Neuzuzüger einen weiteren Beamten. Einige Faktoren dieser Auswandsteigerung sind sicher von aussen vorgegeben (exogen). Trotzdem haben wir wie angekündigt in der Detailberatung die Aufwandseite sehr genau analysiert und nach Einsparmöglichkeiten gesucht. Wir haben entsprechend einige Kürzungsanträge eingebracht.*

*Wir unterstützen die Kürzungsanträge aus den Sachkommissionen in den GF Steuerung und Führung, GF Liegenschaften, GF Koordination Bildung, GF Sicherheit (hier stellen wir den Antrag auf eine reduzierte Kürzung um CHF 100'000 noch einmal im Rat, weil er in der RPK nicht angenommen worden ist), GF Primarschule. Auch die Streichungen bei einzelnen Investitionen unterstützen wir wie von der KÖS vorgeschlagen.*

*Wir haben in diesen Bereichen Sparpotential gesehen. Im Einzelnen führt das dazu, dass Wünschbares vielleicht nicht eingeführt werden kann. Und überall ist die Empörung der Betroffenen und der linken Ratsseite gewiss. Aber bedenken wir: Auch bei Annahme aller dieser ach so schlimmen Kürzungsanträge gibt die Stadt Uster 2013 etwa 6% mehr Geld aus als das Jahr zuvor! Also müssen wir uns eigentlich eher vorwerfen, dass die Kürzungen zu wenig konsequent sind. Wir Freisinnigen stehen dazu: Wir wollen die Staatsquote möglichst tief halten, damit die Bürger möglichst viel Geld in eigener Freiheit und Verantwortung ausgeben können und damit uns nicht das gleiche Schicksal ereilt wie Griechenland und Europa.*

*Uster hat in den letzten Jahren dank unserer Politik schon sehr viel an steuerlicher Attraktivität gewonnen. Im Prinzip halten wir an unserem langfristigen Ziel fest, den Steuerfuss von Uster noch weiter zu reduzieren. Da aber die SSU eine Reduktion vorschlägt und im Sinne einer ausgeglichenen Rechnung und eines nachhaltigen Vorgehens können wir uns mit dem Antrag des Stadtrates einverstanden erklären, den Steuerfuss 2013 gleich zu belassen.*

## **Claudia Bekier**

### **Stellungnahme der SVP/EDU-Fraktion zum Voranschlag 2013 der Stadt Uster Dunkle Wolken am Ustermer Finanzhimmel**

*Die SVP/EDU-Fraktion hat den Voranschlag 2013 mit einem Aufwandüberschuss von rund CHF 2 Mio. mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Die massiven Kostensteigerungen werden zu schnell und vor allem viel „zu einfach“ mit externen Faktoren (u.a. Kostenanstieg beim Personal, Schule, Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde) begründet. Grundsätzlich muss eine solche Kostenentwicklung mittels interner Faktoren, sprich „Sparmassnahmen im eigenen Haushalt“ kompensiert werden. Hier fehlen jedoch bis heute Vorschläge seitens des Stadtrats. Trotz positiver Annäherung der Steuereinnahmen (begründet durch Bevölkerungswachstum und die gute Wirtschaftslage) an die gestiegenen Kosten resultiert ein Aufwandüberschuss. Aus Sicht der SVP/EDU-Fraktion kann es nicht angehen, dass die in den letzten Jahren laufend gestiegene*

*Aufwandseite ohne Widerrede und ganz einfach durch höhere Steuereinnahmen finanziert werden müssen. Dies wäre wirklich zu einfach!*

*Die SVP/EDU-Fraktion verlangt deshalb, dass der Voranschlag 2013 ausgeglichen verabschiedet werden muss. Somit werden wir in der Folge einige Kürzungsvorschläge einbringen oder unterstützen, damit das uns präsentierte Haushaltsdefizit reduziert oder gar eliminiert werden kann. Sollten zudem heute Abend Anträge für Mehrausgaben gestellt werden, so werden wir diese mit anderen Kostenreduktionen wieder zu kompensieren versuchen. Falls der Aufwandüberschuss während dieser heutigen Debatte nicht spürbar reduziert werden kann, wird sich die SVP/EDU-Fraktion vorbehalten, das Budget 2013 abzulehnen.*

*Das in den letzten Jahren geäußerte Nettovermögen soll teilweise für die kommenden Grossprojekte verwendet werden. Dabei dürfen jedoch keine Luftschlösser oder Luxusbauten finanziert werden, sondern es müssen vernünftige und nachhaltig tragbare Projekte geplant und umgesetzt werden. Weil in den nächsten Jahren die Selbstfinanzierung in der Haushaltrechnung vermutlich spürbar sinken wird, ist diesem Umstand bei den Investitionen besonders Rechnung zu tragen.*

*Für heute und auch für die Zukunft heisst es einmal mehr: Die Ausgaben sind den Einnahmen anzupassen und nicht umgekehrt!*

*Uster, 3. Dezember 2012*

*SVP/EDU-Fraktion, Gemeinderat Uster*

*Verantwortlich: Claudia Bekier, GR*

## **Patricio Frei**

### **Eintretensreferat**

*Sehr geehrter Herr Präsident*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen*

*Geschätzte Anwesende*

*Bei Budgets ist es wie bei den Menschen: Manchmal täuscht der erste Eindruck.*

*Das ist beim vorliegenden Budget nicht anders: Auf den ersten Blick macht das vorliegende Budget einen guten Eindruck. Das prognostizierte Defizit von 2 Millionen Franken ist akzeptabel.*

*Bei genauem Hinsehen stellt man aber fest, dass der erste gute Eindruck täuscht. Das Budget 2013 macht deutlich, dass die Steuersenkungspolitik der letzten zehn Jahre nicht nachhaltig war. Weil das Geld fehlte, wurde an allen Ecken und Enden gespart. Immer wieder wurden geplante Investitionen auf die lange Bank geschoben. Jetzt kommt allmählich das ganze Debakel zum Vorschein. Die Mehrkosten für die Sanierung der Sonnenbergstrasse ist ein erste Kostprobe, ein erstes Schmäckerl – allerdings von der unliebsamen Sorte. Usters höchste Erhebung ist nicht mehr das Känzeli oder der Schlosshügel, sondern der Investitionsberg, den die Stadt angehäuft hat.*

*Doch auch die Qualität und der Umfang der Dienstleistungen der Stadtverwaltung können mit den bislang zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht mehr ausgebaut werden. Oder noch schlimmer: angesichts des Bevölkerungswachstums droht gar ein Abbau der Leistungen. Da werden die Grünen Gegensteuer geben und die Anträge des Stadtrates, die einen massvollen Stellenausbau beinhalten, unterstützen. Diesbezügliche Kürzungsanträge werden die Grünen ablehnen.*

*Die Zeit der finanzpolitischen Augenwischerei ist vorbei. Der Ausblick des Stadtrates ist zunehmend düsterer. Die Wolken an Usters Finanzhimmel sind nicht mehr grau sondern schwarz. Uster droht das Geld auszugehen.*

*Es braucht ein Signal für einen klaren Kurswechsel und zwar jetzt. Wir Grünen fahren eine zweigleisige Strategie, um Uster fort vom Irrweg der kontinuierlichen Steuersenkungen wieder auf einen finanzpolitisch nachhaltigen Kurs zu bringen:*

- *Einerseits wollen wir heute noch beginnen, den bedrohlich angewachsenen Investitionsberg abzutragen. Geplante Investitionen sollen nicht mehr auf den Sanktimmerleinstag hinausgeschoben werden. Deshalb unterstützen wir Grünen zwei entsprechende Vorschläge.*
- *Andrerseits kommt Uster nicht darum herum, früher oder später die Steuern zu erhöhen. Die Stadt muss ihr jetzt noch vorhandenes Vermögen so weit wie möglich bewahren wollen und können. Deshalb ist eine Reduktion des budgetierten Defizits sinnvoll. Eine Steuererhöhung von ein oder zwei Prozenten – je nach Verlauf der Debatte – ist verkraftbar. Denn Uster tut gut daran, nicht nur einseitig auf einen tiefen Steuerfuss zu setzen. Uster hat noch andere Vorzüge, die es als Wohn- und Arbeitsort attraktiv machen.*

*Auf gesunde Finanzen ist Uster auch ganz konkret in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung angewiesen. Nach dem Ja der Ustermer Bevölkerung schreibt uns die Gemeindeordnung vor, dass die Stadt den Energieverbrauch und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss kontinuierlich senken muss. Massnahmen dazu fanden weder im vorliegenden Budget noch in der Investitionsplanung ihren Niederschlag. Dies wird sich in Zukunft ändern müssen.*

*Patricio Frei  
Fraktionspräsident Grüne*

## **Balthasar Thalmann**

### ***Voranschlag 2013 politische Gemeinde, Eintretensreferat SP-Fraktion***

*Herr Präsident  
Geschätzte Anwesende*

*Die SP stellt sich eine Stadt Uster vor,*

*die allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Bildungschancen gibt, unabhängig derer sozialen und kulturellen Herkunft;*

*die ein Zentrum hat, in dem man sich begegnen, sich aufhalten, einkaufen und kulturelle Angebote geniessen kann,*

*eine Stadt Uster, die für Ihre Einwohnerinnen und Einwohner besorgt ist und ihnen Unterstützung bietet, wenn dies erforderlich ist; sei dies für Jugendliche, für sozial Benachteiligte oder für ältere Menschen.*

*Wir stellen uns eine Stadt Uster vor, deren Geschichte erlebbar und Teil des öffentlichen Raumes ist,*

*eine Stadt, deren Verwaltung effizient und kundenfreundlich organisiert ist und die für gute Fachleute eine attraktive Arbeitgeberin ist,*

*eine Stadt, in der nicht nur gewohnt sondern auch gearbeitet wird*

*und nicht zuletzt eine Stadt, in der Kultur in all seinen Facetten zum Tragen kommen kann.*

*Unsere Vorstellungen sind nicht utopisch. Nein, Uster hat das Potenzial, eine ganz spezieller Ort in der urbanen Schweiz des 21. Jahrhunderts zu werden. Uster wird aber nicht einfach so ein solcher Ort, man muss wollen, dass es zu einem solchen Ort wird.*

*Und genau diesen Willen spüren wir nicht. Im Gegenteil: in Uster scheint Obstruktionspolitik immer noch en vogue zu sein. Zu etwas Neuem sagt man lieber nein – ohne aber einen anderen konstruktiven Vorschlag zu machen. Diese Art von Politik lähmt – es ist eine Stillstandspolitik.*

*Ein Paradebeispiel ist die Diskussion um das Seerestaurant. Zuerst wird ein Jahrzehnt gefordert, das Restaurant beim heutigen Kioskstandort zu bauen und wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden, wird dies auch wieder bekämpft. Nicht besser geht's beim*

*Zentrum: hier wird auch jeder konkrete Schritt hin zu einem attraktiven Zentrum bekämpft. Vielleicht verstehen Sie meine Ausführungen besser, wenn Sie die Abstimmungen der letzten Jahre vor Augen führen:*

*Nein zur Neuausrichtung der Villa am Aabach*

*Nein zu Tempo 30*

*Nein zu einer zeitgerechten Parkplatzverordnung*

*Nein zu einem fussgängerfreundlichen Zentrum*

*...*

*Richtig, die SP hat in diesen Abstimmungen immer verloren – aber nicht nur die SP, sondern die ganze Stadt. Diese Nein führten letztlich zu einem Stillstand, der niemandem etwas bringt.*

*Wir von der SP stellen uns aber eine andere Stadt Uster vor – sie haben's gehört. Die Vorstellungen sind alles andere als linke Fantasien. Sie sind nichts anderes als das, was der Stadtrat mit seiner Dualstrategie formuliert hat.*

*Eine Dualstrategie zu formulieren und einen schönen Leporello zu drucken nützt herzlich wenig, wenn finanzpolitische Ziele immer als heilig angesehen und über die strategischen Ziele gestellt werden. Genau das macht der Stadtrat, flankiert von den bürgerlichen Fraktionen des Gemeinderats.*

*Seit dem Jahr 2000 haben wir den Steuerfuss um 10 Prozentpunkte gesenkt. Der Voranschlag 2013 zeigt: es waren voreilige Steuerfussenkungen. Wir schieben nämlich immer noch einen beachtlichen Investitionsberg vor uns hin:*

*Seit 2005 hat die Stadt Uster Fr. 640 Mio. Steuern, Grundsteuern ausgenommen, eingenommen. Nehmen wir die Faustregel, dass ¼ davon investiert werden muss, so hätte die Stadt im selben Zeitraum Fr. 160 Mio. investieren müssen. Das geschah aber nicht. Nein wir haben – die Spezialfinanzierung ausgeschlossen - nur rund Fr. 110 Mio. investiert. Also viel zu wenig.*

*Die laufenden Rechnungen wurden durch die wegfallenden Abschreibungen quasi beschönigt und zwar grob gerechnet um gut Fr. 3 Mio im laufenden Jahr. Aber selbst mit dieser Schönheitskur müssen wir im nächsten Jahr mit einem Defizit von rund Fr. 2 Mio. rechnen.*

*Die bürgerliche Reaktion auf diese Ausgangslage ist, das Budget noch mehr zusammenzustreichen. Ein Zusammenstreichen, welches nur zulasten dieser Bereiche geht, wo die Stadt Uster tatsächlich auch Gestaltungsspielraum hat. Dieser Spielraum ist aber mit der kontinuierlichen Verlagerung der Kosten von Kanton auf Gemeinde – z.B. im Bildungsbereich – nur noch kleiner geworden. Man kann schon noch mehr zusammenstreichen, aber man sollte doch dann wenigstens so ehrlich sein und sagen, dass man gar nichts mehr gestalten sondern nur noch verwalten will. Das Parlament könnte abgeschafft, der Stadtrat entlassen und die Gesamtverwaltung einer kantonalen Direktion angegliedert werden.*

*Wir als SP kämpfen aber gegen eine solche Politik – eine Politik, die tiefe Steuern zugunsten wirtschaftlich Privilegierten und letztlich zulasten von sozial Schwächeren anstrebt. Eine Politik, die grundsätzliche Werte unserer Gesellschaft in Frage stellt, eine Politik, die Stillstand bedeutet und eine Politik die Uster nicht verdient hat.*

*Meine Damen und Herren, die Finanzpolitik der Stadt Uster muss besser werden, sie muss mehr in die Zukunft schauen und sie muss mit den strategischen Zielen kongruent sein. Was uns der Stadtrat vorgelegt hat, entspricht diesen Erwartungen bei weitem nicht.*

*Besten Dank. Balthasar Thalman*

#### 4.3 LA Parlamentarische Dienste

Es referiert **Gabi Seiler**.

*Dieses GF wurde bereits am 29.8.2012 anlässlich der GL-Sitzung besprochen. Gedacht war die Diskussion als Rückmeldung an die KÖS, die anlässlich ihrer Budgetsitzung der Meinung war und ist, dass über dieses GF die GL zuständig ist.*

*Der beantragte Globalkredit liegt mit CHF 557'000 rund CHF 26'000 unter dem Vorjahresbudget. Die Reduktion steht im Zusammenhang mit der durch den Wegfall der Bürgerrechtskommission um 10 % reduzierten Personaletat.*

*Gemäss Hr. Pfeifer, der uns für unsere Fragen zur Verfügung stand, wurden im Detailsbudget im Bereichen Beratung/Expertisen/Gutachten eine moderate Erhöhung von CHF 5'000 eingestellt, mit der Absicht das Projekt Ausbau Ratsinformationssystem anzugehen. Der Topf für die Verpflegung der GR bei Doppelsitzungen, Schlussessen, Ratsausflug etc. wurde um CHF 6'000 auf CHF 30'000 erhöht.*

*Anträge wurden keine gestellt, die GL hat das Budget einstimmig mit 5:0 gutgeheissen.*

*Anlässlich der RPK Sitzung vom letzten Montag gab dieses GF zu keinen Diskussionen, Anträge wurden auch da nicht gestellt.*

#### 4.4 GF Steuerung und Führung

Es referiert **Thomas Wüthrich**.

*Einmal mehr legte die KÖS der Exekutive einen umfangreichen Fragenkatalog vor, der detailliert beantwortet wurde.*

*Im Zentrum der Betrachtungen stand – wie auch der in der Kommission verabschiedete Kürzungsantrag belegt – das Ausgabenwachstum in diesem Geschäftsfeld.*

*Schon vor einem Jahr war der Kommission aufgefallen, dass der budgetierte Globalkredit zwischen 2009 und 2012 deutlich zugenommen hatte. Allerdings konnte nachvollziehbar dargestellt werden, dass das Wachstum im Wesentlichen mit Verschiebungen von Leistungen unter den Geschäftsfeldern zu erklären ist. Auf den VA 2013 wurden noch einmal rund 270'000 Franken mehr im Budget eingestellt.*

*Die Exekutive begründete die Differenz zum Voranschlag des Vorjahres mit der Schaffung von zusätzlichen Stellen, mit einer Fehlbudgetierung in der Vergangenheit und mit zusätzlichen Aufwendungen infolge Auszahlung von Dienstaltersgeschenken.*

*So sieht der neue Stellenplan folgende Veränderungen vor:*

*Neu soll ein Organisationsentwickler zu 60% angestellt werden, da die Stadtverwaltung in den kommenden Jahren viele neue, abteilungsübergreifende Aufgaben übernehmen muss und diese Arbeiten mit zusätzlichen Ressourcen sorgfältig vorbereitet werden müssen.*

*Die Öffentlichkeitsarbeit soll ebenfalls mit insgesamt 35 Stellenprozenten aufgestockt werden. Hauptziel ist, dass der Kommunikationsbeauftragte die ganze Woche über verfügbar ist und die Stadt so jederzeit auf Ereignisse reagieren respektive eigene Mitteilungen jederzeit kommunizieren kann.*

*Schliesslich sollen der Weibeldienst, der Personaldienst sowie das Stadtratssekretariat in kleinerem Umfang aufgestockt werden.*

*Ein grosser Teil des Mehraufwandes ist auf eine Fehlbudgetierung bei der Entschädigung des Stadtrates in den letzten beiden Budgets zurückzuführen. Der Betrag wurde jetzt um die bislang fehlenden rund Fr. 140'000 nach oben korrigiert.*

*Schliesslich zeigte die Verwaltung aber auch auf, dass man im Vergleich zum Vorjahr andernorts rund Fr. 90'000.- Fr. einsparen will. So bleibt unter dem Strich eine effektive Erhöhung des Globalkredits um rund Fr. 120'000.- oder 2.5%.*

*An der Sitzung der KÖS vom 19. November wurde dann ein Kürzungsantrag eingereicht, der die Kürzung des Globalkredits um Fr. 250'000.- verlangte. Daraufhin wurde unter anderem gefragt, wie die Verwaltungskosten Usters im Vergleich mit anderen Gemeinden dastehen. Der Stadtschreiber wies darauf hin, dass Uster 228 Franken Verwaltungskosten pro Kopf der Bevölkerung ausweise. Das liegt deutlich unter den Fr. 270.- einer durchschnittlichen Gemeinde mit mehr als 10'000 Einwohnern, aber auch unter dem Betrag grösserer Gemeinden in der Nachbarschaft.*

*Im Zuge der Beratungen wurde der Kürzungsantrag abgeändert. Vor allem im Bereich Öffentlichkeitsarbeit machte die Kommissionmehrheit noch Sparpotential aus. Der Kürzungsantrag um Fr. 104'000.- wurde mit in der KÖS mit 4 : 3 Stimmen angenommen und von der RPK mit 5 : 4 Stimmen bestätigt.*

*Abschliessend sei noch darauf hingewiesen, dass die Kommission darauf hinarbeitet, dass in allen Leistungsgruppen aussagekräftige Ziele und Indikatoren vorhanden sind. Auf den Voranschlag 2014 hin wird diesbezüglich die LG HRM/Personaldienst überarbeitet. In den Folgejahren nehmen wir uns der LG Stadtkanzlei und der LG Controlling an.*

*Zuletzt sei an dieser Stelle der Verwaltung wie der Exekutive einmal mehr für die gute und transparente Zusammenarbeit gedankt. In dieser Form erachten wir die Zusammenarbeit als sehr konstruktiv und erspriesslich.*

*Die KÖS hat den um Fr. 104'000.- gekürzten Globalkredit für das Geschäftsfeld Steuerung und Führung einstimmig genehmigt.*

*Für die KÖS*

*Thomas Wüthrich  
Gemeinderat, Grüne*

### **Thomas Wüthrich**

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Einmal mehr ist der sozialdemokratische Stadtpräsident Zielscheibe von bürgerlichen Kürzungsanträgen. Anders als auf dieser politischen Ebene, kann ich mir den Antrag im GF Steuerung und Führung nicht erklären.*

*Denn sachlich ist der Kürzungsantrag wenig sinnvoll. Tatsache ist, Uster eine sehr kostengünstige und kostenbewusste Verwaltung hat, wie ich das im Kommissionsreferat schon erläutert habe. Tatsache ist, dass das GF Steuerung und Führung permanent Kosten optimiert. Mit der Einführung der elektronischen Materialbestellung durch die Abteilungen, kann z.B. die Person, welche für den Materialdienst zuständig war, neu im Bereich Layout eingesetzt werden, so dass einfachere Gestaltungsarbeiten nicht mehr für teures Geld extern vergeben werden müssen.*

*Tatsache ist, dass der Stellenausbau im GF Steuerung und Führung insbesondere der Verbesserung der internen und externen Kommunikation dient. Wir sind im Kommunikationszeitalter! Darum ist eine gut organisierte und umfassende Kommunikation, welche allen Abteilungen die notwendige und adäquate Unterstützung bietet, das A und O einer guten Unternehmung. Und hier soll der Rotstift angesetzt werden? Wo wir uns doch alle bemühen, Uster so gut wie möglich zu verkaufen, soll jetzt unser Sprachrohr gekürzt oder gar verstopft werden?*

*Das verstehe, wer will! Die Grünen verstehen es nicht. Sie lehnen daher den Kürzungsantrag ab und votieren für den Antrag des Stadtrates.*

*Thomas Wüthrich  
Gemeinderat Grüne*

**Markus Wanner** ergreift das Wort und führt aus, dass die SP-Fraktion den Kürzungsantrag ablehnt.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

**Kürzungsantrag**

*Der Globalkredit des GF Steuerung und Führung ist um CHF 104'000 zu kürzen.*

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst  
mit 22 : 12 Stimmen (1 Enthaltung)  
den Antrag anzunehmen.**

#### 4.5 GF Bürgerrecht und Dienste

Es referiert **Wolfgang Harder**.

*Die Subkommission legte der Verwaltung auch in diesem Bereich einen umfangreichen Fragenkatalog vor, der offen und verständlich beantwortet wurde. Gezeigt hat sich indessen, dass aufgrund der reduzierten Informationen ein tiefergehender Einblick nur mit erhöhtem Aufwand möglich war. Dank der offenen Beantwortung der gestellten Fragen konnte dieses Manko fast vollständig behoben werden. In Zukunft wird angestrebt, eine ausgeglichene Balance zu finden.*

*Obwohl auch in diesem Geschäftsbereich die Ausgaben weiterhin ansteigen darf erfreulich festgestellt werden, dass das Geschäftsfeld Stadttammann- und Betreibungsamt ganz erfreuliche Zahlen präsentieren. Allerdings wird die Ressourcensituation weiterhin als angespannt betrachtet. Es wird wichtig sein, diese Situation genau im Auge zu behalten.*

*Die Ausgabensteigerungen bewegen sich im üblichen im Rahmen und sind im Wesentlichen auf erhöhte Kosten (Löhne, Informatik, BVK) zurückzuführen. Allerdings gilt auch hier: Tendenz steigend.*

*An der Sitzung der KÖS vom 19. November 2012 wurden Leistungsauftrag und Globalbudget des Geschäftsfeldes Bürgerrecht und Dienste einstimmig angenommen.*

*Den Mitarbeitern der Geschäftsfelder Bürgerrecht, Info Uster, Friedensrichter und Stadttammann- und Betreibungsamt wird an dieser Stelle für die geleistete Arbeit bestens gedankt.*

*Für die KÖS*

*Wolfgang Harder*

*Gemeinderat CVP*

#### 4.6 GF Kultur

Es referiert **Gabi Seiler**.

*GF Kultur beantragt gemäss Voranschlag einen Globalkredit von CHF 3.478 Mio, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von CHF 0.151 Mio bedeutet. Gemessen am Total der Globalkredite beansprucht das GF Kultur einen Anteil von rund 3.3%.*

*In der Investitionsplanung beträgt das Volumen CHF 0.125 Mio und wird für das Archivinfosystem Stadtarchiv beantragt.*

*Neu wurden die Bereiche Stadtbibliothek und Stadtarchiv in zwei eigenständige Leistungsgruppen aufgeteilt. Die Aufsplittung erleichtert offenbar das Controlling innerhalb der Verwaltung und ist daher auch aus der Sicht Kommission so in Ordnung.*

*Im Total des Personaletats hat sich beim Zusammenzug 2013 auf Seite D2 ein Fehler eingeschlichen, das korrekte Total ist 13.325 Stellen und nicht 11.125.*

*Der Leistungskontrakt mit dem Jazzorama wurde nur noch für 3 Jahre verlängert mit einem klaren Fingerzeig, dass ein akzeptables Konzept und eine Strategie präsentiert werden müssen um weiter mit einer finanziellen Unterstützung rechnen zu können. Die bereits anlässlich der Rechnung 2011 erwähnte Gründung einer Stiftung wird 2013 kaum realisiert werden, folglich ist dazu im nächsten Jahr auch nicht mit einem ausserord. Antrag im GR zu rechnen.*

*Hauptdiskussionspunkt war der Stellenetat in der Regionalbibliothek. Bereits anlässlich der Subkommissionssitzung präsentierte uns Stadtpräsident Martin Bornhauser eine Zusammenstellung mit was für Leistungsänderungen selbst bei einer Bewilligung der im Budget eingestellten zusätzlichen Stelle zu rechnen sei. Trotz der angedrohten Leistungskürzungen wurden die Wirkungs- und Leistungsziele gemäss den Verantwortlichen bewusst noch nicht angepasst. Anlässlich der ersten Lesung war auch die Leiterin der Bibliothek, Arlette von Arx, anwesend um unsere Fragen zu beantworten. Ein Antrag lag zu diesem Zeitpunkt nicht vor und wurde anlässlich der ersten Sitzung auch nicht gestellt. Frau von Arx legte uns die Gründe dar, warum es aus ihrer Sicht ohne eine Stellenerhöhung, die über die beantragten 100 % nicht möglich ist, den Betrieb unverändert weiterzuführen. Einerseits sind die Aufgaben durch den stetigen Ausbau mehr geworden, zudem sind zusätzliche Beratungen zu bewältigen, die bis anhin durch die jetzt aufgelöste Bezirksbibliothekenkommission wahrgenommen wurde. Frau von Arx erwähnte aber auch Überstunden, die nicht zu kompensieren wären, aber die Problematik beim Bezug von zusätzlichen Ferientagen aufgrund Dienstaltesgeschenken. Aus der Diskussion ging auch hervor, dass die Anforderungen gemäss dem aktuell noch gültigen Leistungsvertrag mit dem Kanton bereits heute nicht in allen Punkten eingehalten werden kann. Auf der anderen Seite wird dieser Vertrag aber erst 2013 mit dem Kanton ausgehandelt, mit Kürzungen seitens des Kantons muss gerechnet werden.*

*In der KBK wurde der Antrag gestellt, die Stellenprozente bei der Regionalbibliothek um zusätzliche 100 % aufzustocken, dieser Antrag wurde mit 4:5 abgelehnt. In der Schlussabstimmung wurde das GF Kultur mit 7:2 angenommen.*

*Auch anlässlich der RPK vom letzten Montag hat uns Stadtpräsident Martin Bornhauser auf die anstehenden Leistungskürzungen hingewiesen, sollte nicht eine zusätzliche Stelle bewilligt werden. Es sei seine Pflicht sich schützen vor seine Mitarbeiter zu stellen.*

*Der Antrag bezüglich Stellenerhöhung wurde in der RPK ebenfalls nochmals gestellt. Da der GR grundsätzlich keine Stellen bewilligen kann, wurde der Antrag in der RPK wie folgt formuliert: Erhöhung des Globalkredites um CHF 120'000 auf neu CHF 3'598'000. Ein allfälliger Subventionsbeitrag seitens des Kantons ist von diesem Betrag entsprechend abzuziehen, Stadtpräsident Bornhauser versicherte uns, dass max. die Nettokosten zusätzlich ausgegeben würden und ein allfälliger „Überschuss“ nicht für andere Leistungsgruppen verwendet wird. Dieser Antrag wurde mit 5:4 in der RPK angenommen.*

## **Claudia Wyssen**

*Natürlich nehme ich gerne die Gelegenheit wahr, mich zum Budget für die Bibliothek zu äussern.*

*Es ist der SP-Fraktion unverständlich, dass sich der Stadtrat für einen Leistungsabbau bei der Stadtbibliothek entschieden hat. Vor wenigen Jahren wurde die Bibliothek umgebaut und modernisiert. Mittlerweile ist sie sicher ein Schmuckstück dieser Stadt. Der Medienbestand hat stetig zugenommen und die Anzahl der Ausleihen ebenfalls. Dass nach zehn Jahren gleichbleibendem Personalbestand und ständig zunehmendem Arbeitsaufwand irgendwann einmal der Punkt kommt, an dem auch das Personal angepasst werden muss, sollte eigentlich doch jedem einleuchten.*

*Dass die Angestellten in der Bibliothek bis jetzt bis an ihre Leistungsgrenzen und teilweise auch darüber hinaus gearbeitet haben, spricht für sie, hat allerdings den Handlungsbedarf verklärt. Wenn man die Anzahl Ausleihen mit den Mitarbeitern vergleicht, kommt die Stadt- und Regionalbibliothek auf vergleichsweise sehr hohe Zahlen. So kam es Ende Oktober bereits zu einer ersten Kündigung aufgrund der hohen Arbeitsbelastung und unbefriedigenden Arbeitssituation.*

*Die vom Stadtrat beantragte zusätzliche Stelle deckt den Bedarf allerdings bei weitem nicht. Der Kanton hat die bisherigen Bezirksbibliothekskommissionen aufgegeben. Diese Aufgaben müssen nun von den Bezirksbibliotheken wahrgenommen werden, was bereits ca. 50% der Stelle beansprucht.*

*Dass der Stadtrat bei der Stadt- und Regionalbibliothek einen Leistungsabbau in Kauf nimmt, ist einem grossen Teil der Ustermer Bevölkerung ein Dorn im Auge. Der Gemeinderat wird mit der eingereichten Petition von 1659 Personen aufgefordert, sich dagegen einzusetzen.*

*So unterstützt die SP den Antrag der RPK von einer Stellenerhöhung um weitere 100%.*

*Claudia Wyssen, SP-Fraktion*

## **Marianne Siegrist**

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident  
Geschätzte Anwesende*

*Die FDP Fraktion steht klar hinter der Stellenerhöhung des Bibliothekspersonals von 100%, so wie es im Budget 2013 beantragt wird. Dass diese Stellenaufstockung begründet ist, steht ausser Frage. Ist doch das Stellenetat über mehrere Jahre gleich geblieben und dies trotz einem erheblichen Leistungsausbau. Ohne Zweifel wird in der Bibliothek ausgezeichnete Arbeit geleistet. Die Stadtbibliothek ist ein zentrales kulturelles Angebot der Stadt Uster und zudem ein wichtiger Begegnungsort für die Bevölkerung.*

*Einer Stellenaufstockung zum jetzigen Zeitpunkt um total 200% stimmen wir jedoch nicht zu. Sie erscheint uns als Zwängerei. Wir möchten, dass nun während mindestens einem Jahr beobachtet wird, wie sich die Arbeit mit einer zusätzlichen Stelle bewerkstelligen lässt.*

*Wir erwarten, dass die Bibliothek ihre angesagte Reduktion der Öffnungszeiten am Montag und Samstag nicht umsetzen wird! Diese Dienstleistungseinschränkung würden die Kunden nicht verstehen! Hingegen hätten wir nichts einzuwenden gegen einen vorübergehenden Verzicht auf Veranstaltungen, denn diese gehören unserer Meinung nach nicht zum Kerngeschäft. Ebenfalls einverstanden wären wir mit einer Schliessung der Bibliothek während einer Woche in den Sommerferien.*

*Noch etwas zur Anerkennung als Regionalbibliothek durch den Kanton: Es scheint, dass die zu erfüllenden Parameter für die Anerkennung, bzw. den Grad der Subventionierung, noch nicht abschliessend geklärt sind. Dies ist für uns mit ein Grund, einer Stellenaufstockung um 200% zum jetzigen Zeitpunkt nicht zuzustimmen. Wenn die Bibliotheksmitarbeitenden im Jahr 2013 mit den*

*von uns befürworteten Massnahmen immer noch keine tragbare Arbeitsbelastung erreichen, werden wir offene Ohren haben für weitere Anpassungen. Wir befürworten ein schrittweises Vorgehen und keine Schnellschüsse.*

*Marianne Siegrist, Gemeinderätin  
3. Dezember 2012*

**Werner Kessler** ergreift das Wort. Es brennt lichterloh und der Stadt- und Regionalbibliothek. Das hat ihm sein Gespräch mit Frau von Arx, der Leiterin der Bibliothek, aufgezeigt. Es ist unumgänglich, zwei zusätzliche Stellen einzuplanen.

### **Ursula Räuftlin**

*Sehr geehrter Präsident,  
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

*Als ich das Dokument Leistungsaufträge 2013-2016 und Globalbudgets 2013 der Stadt Uster das erste Mal durchblättert habe musste ich doch bereits auf der Seite D1 und D7 einen roten Zettel einkleben. Da soll doch tatsächlich das gesamte Veranstaltungsangebot gestrichen und die Öffnungszeiten der Bibliothek gekürzt werden. Alarmstufe rot für den Bildungs- und Kulturstandort Uster.*

*Da dieser Leistungsabbau über kurz oder lang zum Verlust des Status als Regionalbibliothek führen wird, verträgt er sich definitiv nicht mit den in der LG stadtbibliothek.kultur formulierten Wirkungs- und Leistungszielen. Da sollen nämlich die Bibliotheken für die Bevölkerung von Stadt und **Region** den Zugang zu Medien und Information sicherstellen. Zudem dienen die Bibliotheken der persönlichen Bildung und sind **Veranstaltungs-** und Begegnungsort. Wer zu diesen Leistungszielen steht, muss ganz klar der Bibliothek genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um diese Ziele erreichen zu können.*

*Bibliotheken sind ein wichtiger Träger des kulturellen Lebens und ein wichtiger Treffpunkt für Familien, Kinder, Jugendliche und andere Literaturinteressierte. Bibliotheken ermöglichen jedem den Zugang zu Literatur und tragen somit wesentlich dazu bei, dass Uster allen Schülerinnen und Schülern gleiche Chancen bietet und ein inspirierendes Bildungsumfeld schaffen kann. Zudem soll die Ustermer Bevölkerung vermehrt die Angebote in Uster nutzen und am öffentlichen Leben teilnehmen. All dies sind strategische Ziele, die sich der Stadtrat mit der Verabschiedung seiner Schwerpunkte gesetzt hat. Strategische Ziele, die er nun einmal mehr aus den Augen zu verlieren scheint.*

*Nach den Erfahrungen mit geplanten oder realisierten Leistungskürzungen in vergangenen Jahren – Stichwort Badishop, DaZ, Blöckflöte – wird man als Gemeinderätin doch gelegentlich darauf angesprochen, was denn das diesjährige Budget der Stadt Uster beinhaltet. Der Aufschrei bei meinen Gesprächspartnern war gross, als ich ihnen die Situation der Bibliothek schilderte. Was man dagegen machen könne, wollten diese Leute wissen. Meine Antwort darauf war, Gemeinderäte im persönlichen Gespräch davon überzeugen, den Globalkredit zu erhöhen. Da sich diese Leute einbringen wollen, aber keine weiteren Gemeinderäte persönlich kennen, denen sie ihr Anliegen nahelegen können oder Hemmungen haben, unbekannte Räte zu kontaktieren, haben Claudia Wyssen und ich gemeinsam die Petition für eine starke Stadt- und Regionalbibliothek lanciert. Das Angebot der Bibliothek wird von der Ustermer Bevölkerung sehr geschätzt – und man sieht's an den steigenden Zahlen der jährlichen Ausleihen – auch rege genutzt. Entsprechend war das Echo auf diese Petition sehr gross. Die Leute scheuten keinen Weg um die Petition unterzeichnen zu können, um sich im Gemeinderat Gehör zu verschaffen. Innerhalb weniger als 3 Wochen haben 1'658 Personen aus Uster oder der Region diese Petition unterzeichnet. Nehmen wir doch bitte hier im Rat den*

*Wunsch dieser Leute als unseren Auftrag wahr, und unterstützen den Antrag aus der RPK auf Erhöhung des Globalkredites dieses Geschäftsfelds um CHF 120'000. Bringen wir den Stadtrat zurück auf seinen Kurs, den er sich mit der Formulierung der Dualstrategie und der daraus abgeleiteten Schwerpunkte selber vorgegeben hat.*

*Die GLP-EVP-CVP-Fraktion sieht den Handlungsbedarf bei der Bibliothek und bekennt sich zum Bildungsstandort Uster und unterstützt deshalb diesen Antrag.*

*Ursula Räuftlin  
Gemeinderätin Grünliberale*

### **Gabi Seiler**

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Anwesende*

*Um es gleich vorweg zu nehmen, die SVP/EDU-Fraktion unterstützt den Antrag des Gesamtstadtrates die Stellenprozenz in der Regionalbibliothek von 8.8 auf 9.8 Stellen zu erhöhen. Der in der RPK angenommene Antrag auf Erhöhung auf total 10.8 Stellen werden wir nicht unterstützen.*

*Auch wir möchten den Status Regionalbibliothek nicht einfach so aufgeben. Auch wir finden eine starke und bedürfnisgerechte Bibliothek wichtig. Was das Team um Arlette von Arx in den letzten 2 Jahren aufgrund diverser längerer krankheitsbedingten Ausfällen Ausserordentliches geleistet hat verdient unseren Respekt und Dank. Trotzdem bleibt die Tatsache, dass*

- *Der Stadtrat im Budget eine Aufstockung von 100 % beantragt und gleichzeitig im vorliegenden Budget keine Änderungen in den Wirkungs- und Leistungszielen vorsieht*
- *Seitens des Kantons bis heute keine Kürzung der Subventionen vorgenommen wurde, obwohl wir offenbar bereits heute den bestehenden Kontrakt nicht mehr vollumfänglich erfüllen*
- *Über das Ergebnis aus den anstehenden Verhandlungen für den Abschluss eines neuen Vertrages mit dem Kanton nur spekuliert werden kann, da bis heute gemäss meinem Wissensstand auch noch keine Auflagen und Restriktionen endgültig definiert worden sind*
- *Das Team um Frau von Arx im Moment und zum Glück keine ausserordentlichen krankheitsbedingte Ausfälle auffangen muss*
- *Die Petition sicher ein achtbares Ergebnis in kurzer Zeit gebracht hat, aber, davon gehe ich aus, auch nicht danach gefragt wurde, ob die angedrohten Kürzungen der Öffnungszeiten, die Personen die die Petition unterschrieben habe auch tatsächlich ihre persönlichen Besuche in der Bibliothek einschränken*

*Wir sind der Überzeugung, dass der Stadtrat, sobald der neue Leistungskontrakt mit dem Kanton unterschrittsbereit vorliegt, auch die daraus notwendigen Schritte in die Wege leiten wird.*

*Persönlich bin ich grundsätzlich gegen persönliche Seitenhiebe bei Sachanträgen. Trotzdem hat mich die Vorgehensweise von Stadtpräsident Bornhauser in dieser Sache sehr befremdet. Meines Erachtens hat grundsätzlich jeder Stadtrat die Gesamtmeinung des Stadtrates nach aussen zu vertreten. Ich bin überzeugt, dass während der Budgetdebatte auch in anderen GF Anträge nur in gekürzter Form eine Mehrheit im Stadtrat gefunden haben.*

*In sämtlichen Sitzungen, angefangen bei der Subkommission, an denen Martin Bornhauser im Übrigen zumindest in den letzten 3 Jahren nie teilgenommen hat, über die KBK Sitzung, bis zur RPK Sitzung vom letzten Montag hat Martin Bornhauser in erster Linie seine persönliche Meinung präsentiert. Mitunter bekommt man als Aussenstehender wirklich den Eindruck, dass bei der Bibliothek Stellen gekürzt werden soll Fakt ist aber mit Annahme des Budget werden 100 % ausgebaut.*

*Wir haben bereits anlässlich der Subkommissionsbesprechung für die Jahresrechnung 2011 die Frage gestellt, warum denn nicht ein ausserordentlicher Antrag auf Stellenerhöhung gestellt wird um die Personalsituation zu entschärfen. Die Antwort darauf war damals: Nein, wir warten sicher noch bis zum Budget 2013 ! Vielleicht hätte man ja mit einem früheren Antrag auch bereits früher Druck vom Personal nehmen können.*

*Wir empfehlen Ihnen, den Antrag ebenfalls abzulehnen und zumindest die Ausarbeitung des neuen Kontraktes mit dem Kanton abzuwarten.*

### **Gusti Hofmann**

*Die Regionalbibliothek Uster ist in den letzten Jahren massiv ausgebaut und erweitert worden. Ebenso ist das Angebot den aktuellen Gegebenheiten angepasst worden. Die Regionalbibliothek hat ein breites Angebot für Gross und Klein durch alle Schichten der Bevölkerung. Die Regionalbibliothek ist eine kulturelle Oase in Uster.*

*Der Medienbestand und auch die Ausleihen haben stark zugenommen. Alle Indikatoren zeigen, dass das Bibliothek-Team gut gearbeitet hat. Dieser Erfolg hat auch Folgen, weil der Personalbestand gleich geblieben ist mussten massive Ueberstunden geleistet werden.*

*Zusätzlich müssen in Zukunft Aufgaben der aufgelösten Bezirkskommission, welche der Kanton bezahlt hat, übernommen werden. Weitere zusätzliche Aufgaben sind die Beratungsfunktion für die Gemeindebibliotheken.*

*Damit der Status einer Regionalbibliothek erhalten werden kann und somit auch Subventionen vom Kanton gesichert werden können, müssen vom Kanton vorgegebene Standards eingehalten werden. Ohne Stellenaufstockung ist das schwer möglich. Es besteht sogar die Gefahr, dass bei einer Leistungseinschränkung die Subventionen vom Kanton massiv gekürzt werden.*

*Bei einer Stellenaufstockung besteht sogar die Chance, wenn alle Standards vom Kanton erfüllt werden können, dass die Subventionen höher ausfallen und die zusätzliche Stelle sich teilweise selber finanziert.*

*Wir Grünen unterstützen den Antrag den Globalkredit um Fr. 120'000.— zu erhöhen, d.h. für eine zusätzliche Vollstelle in der Regionalbibliothek.*

*Für die Grünen  
Gusti Hofmann*

**Stadtpräsident Martin Bornhauser** ergreift das Wort und führt aus, dass er die Kritik teilweise nachvollziehen kann. Aber der Gesamt-Stadtrat hat gesagt, dass bei zwei zusätzlichen Stellen die Schmerzgrenze überschritten ist. Und mit 50 zusätzlichen Stellenprozenten sind diese mit dem vom Kanton delegierten Auftrag bereits schon wieder aufgeessen. Und damit ist die untere Schmerzgrenze bei seinen Mitarbeitern auch bereits erreicht: Er muss die Leistung herunterfahren. Man kann den Bären nicht waschen ohne ihn nass zu machen.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

**Änderungsantrag**

*Es sei der Globalkredit um CHF 120'000 auf CHF 3'598'000 zu erhöhen.*

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst  
mit 19 : 16 Stimmen  
den Antrag anzunehmen.**

#### 4.7 GF Finanzen

Es referiert **Markus Wanner**.

*Das Geschäftsfeld Finanzen beantragt einen gegenüber dem Vorjahr tieferen Globalkredit von CHF 687'000.-.*

*In der Leistungsgruppe Finanz- und Rechnungswesen wird ein Ertragsüberschuss von CHF 1,9 Mio. beantragt, dies ist eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahresvoranschlag von CHF 383'000.-, zurückzuführen auf tiefere Passivzinsen. Eine Anmerkung zu den IKS-Weisungen (Internes Kontrollsystem): Die in dieser LG aufgeführten IKS-Weisungen betreffen nur das Geschäftsfeld Finanzen. Die Koordination des IKS und somit das strategische IKS-Risiko-Controlling über die ganze Stadtverwaltung ist bei der LG Controlling angesiedelt. Das GF Finanzen arbeitet nebst den IKS-Weisungen operativ hauptsächlich mit einem Handbuch Finanzen, in welchem Weisungen, Abläufe, Verantwortungen und Zuständigkeiten geklärt sind.*

*In der Leistungsgruppe Steuern, ohne Steuereinnahmen, wird ein Ertragsüberschuss von CHF 120'000.- budgetiert. Zu diesem GF gab es in der Kommission keine grossen Fragen.*

*Die Leistungsgruppe Informatik beantragt einen Globalkredit von CHF 1'808'000.-, eine Steigerung von CHF 177'000.-. Darin enthalten sind die Kosten für eine Personalerhöhung um 50% auf neu 800 Stellenprozent. Die Mehrkosten sind auf höheren Anforderungen der Kunden, verstärkter Systemintegration sowie WAN Aussenstellenanbindungen zurückzuführen, welche nicht intern an die Abteilungen weiter verrechnet werden können. Sind diese Mehrkosten nun zwingende Infrastrukturanpassungen und -erweiterungen, oder vielmehr Wünsche der Abteilungen? Diese Frage wurde uns an der KÖS-Sitzung wie folgt beantwortet: „Der Informatikausschuss ist das strategische Lenkungsgremium der Stadt. Er setzt Leitlinien fest und bestimmt den Standard. Die Abteilungen bestimmen aber, welche Fachapplikationen sie brauchen und klären Nutzen und Kosten. Die Bestellung erfolgt via Informatikabteilung“. Aus dieser Erklärung kann man ableiten, dass also nicht planlos alles Wünschenswertes gekauft wird, sondern dass Nutzen und Kosten vorher abgeklärt werden.*

*Wie hoch sind denn die gesamten Informatikkosten? Dies ist im Globalbudget nicht ersichtlich, da beim Globalkredit von CHF 1'808'000.- die internen Verrechnungen bereits abgezogen sind. Der Totalaufwand beträgt rund CHF 3,3 Mio. (ohne Primarschule und Heime), an die Abteilungen werden rund CHF 1,5 intern verrechnet, dies führt zum Globalkredit von CHF 1,8 Mio. Aus Sicht des Gemeinderates erschwert die interne Verrechnung eines Teiles der Informatikkosten an die Abteilungen die Gesamtübersicht über die Informatikkosten zu behalten, aus betriebswirtschaftlicher Sicht macht das durchaus Sinn, dass die direkten Kosten auch den Verursachern, also den Abteilungen verrechnet werden.*

*Für Erneuerungsinvestitionen in der Informatik sind im Investitionsprogramm CHF 850'000.- budgetiert.*

*Ein Antrag um Kürzung des Globalkredites um CHF 100'000.- mit der Begründung der kontinuierlich steigenden Kosten in der Informatik wurde in der KÖS mit 3:4 Stimmen abgelehnt. In der RPK wurde der gleiche Antrag mit 2:7 Stimmen abgelehnt.*

*Der Leistungsauftrag und der Globalkredit des GF Finanzen wurden in der KÖS mit 6:1 Stimmen genehmigt.*

#### **4.8 GF Liegenschaften**

Es referiert **Markus Wanner**.

*Das Geschäftsfeld Liegenschaften beantragt einen Globalkredit von CHF 8,2 Mio., das sind CHF 4,4 Mio. mehr als im Vorjahr. Der grösste Teil des höheren Globalkredites resultiert aus der Übernahme der LG Schulliegenschaften aus dem GF Primarschule von ca. CHF 4,1 Mio.*

*Dass die LG Schulliegenschaften vom Geschäftsfeld Primarschule in das GF Liegenschaften integriert wird, ist folgerichtig. Somit werden alle Liegenschaften der Stadt vom GF Liegenschaften bewirtschaftet. Im Budgetierungsprozess kann die Primarschule ihre Bedürfnisse bekanntgeben, die Finanzkompetenzen, also Budgetierung, Beschaffung und Personal, liegt in der Abteilung Finanzen. Diese Matrixorganisation ist nicht zu unterschätzen, aber mit klaren Aufgaben- und Pflichtenheften gut zu lösen. Die Verantwortung der Investitionsplanung der Schulanlagen hingegen bleibt bei der Primarschule, in der LG Baumanagement ergeben sich deshalb keine Veränderungen.*

*In der LG Grundstückbewirtschaftung wurde über die Formulierung und Auswirkung des Leistungsziels Z01 „Kauf/Verkauf“ von Bauland für Gewerbe/Industrie diskutiert. Gemäss Hinweis des zuständigen Stadtrates beinhaltet die heutige Formulierung den Tausch, ist aber keine Bedingung und somit im heutigen und zukünftigen Grundstückhandel flexibler. Bei einer Zielsetzung „Kauf/Tausch“ wäre reiner Verkauf von Bauland nicht mehr möglich. Der Antrag auf Änderung der Formulierung auf „Kauf/Tausch“ wurde in der KÖS mit 3:4 Stimmen abgelehnt.*

*Fragen gab es zum Thema Flächenbedürfnisse der Stadtverwaltung. Der Stadtrat hat beschlossen, dass die Blaulichtorganisation an die Dammstrasse wechselt. Da ein hohes Entwicklungspotenzial auf dem gesamten Areal nachgewiesen wird, muss die Standortfrage „Stadthaus mit Erweiterungsbau“ oder Gebäudekomplex Damm-/Oberlandstrasse mit Entwicklungspotenzial geklärt werden. Der Gemeinderat wird im 1. Quartal 2013 über den Projektierungskredit für die Gesamterneuerung und Erweiterung des Gebäudes an der Dammstrasse entscheiden. Das Stadthaus II wird daher in der Investitionsplanung nicht mehr mit einem Investitionsbetrag aufgeführt. In der RPK wurde zu diesem Thema ein Antrag um eine Aufnahme eines Investitionskredites von CHF 300'000.- für eine Bedarfsabklärung Stadthaus II im Investitionsprogramm 2013 gestellt. Die RPK hat diesen Antrag mit 4:5 Stimmen abgelehnt.*

*Im Bereich Baumanagement stellt die KÖS in der Investitionsplanung 2013 zwei Streichungsanträge. Der Streichungsantrag Projekt Nr. 6 Sanierung Kiosk Schiffflände wurde mit 7:0 Stimmen angenommen, der Streichungsantrag Projekt 19 Innensanierung Villa am Aabach mit 5:2 Stimmen angenommen. Die RPK hat beiden Streichungsanträgen ebenfalls zugestimmt, die Sanierung Kiosk Schiffflände mit 7:2 und die Innensanierung Villa am Aabach mit 5:4 Stimmen.*

*Ein Antrag auf eine generelle Kürzung des Globalkredites um CHF 200'000.- wurde in der KÖS mit 3:4 Stimmen abgelehnt, der gleiche Antrag in der RPK mit 5:4 Stimmen angenommen*

*Der Leistungsauftrag und der Globalkredit des GF Liegenschaften wurden in der KÖS mit 6:1 Stimmen genehmigt.*

**Markus Wanner**

**Antrag SP Fraktion**

**Bedarfsabklärung Stadthaus II Aufnahme eines Projektierungskredits von CHF 300'000.- in den Investitionsplan 2013**

### **Begründung**

*Die Stadtverwaltung hat zu wenig Platz. Für mehrere Organisationseinheiten mussten externe Büroräumlichkeiten gemietet werden, alleine die Mietkosten betragen jährlich rund CHF 500'000.-. Die Kosten wegen der dezentralisierten Standorte, die komplizierten und langen Abläufe, sind dabei noch nicht berücksichtigt. Dies ist alles andere als wirtschaftlich, geschweige denn kundenfreundlich.*

*Ursprünglich war ein Erweiterungsbau Stadthaus II geplant und in der Investitionsplanung mit CHF 20 Mio. aufgeführt. In der Finanzplanung 2014-16 wurde der Betrag gestrichen. Neu heisst es dafür in den Leistungsaufträgen 2013-2016 im Geschäftsfeld Liegenschaften (Seite F/1), dass im Projekt Dammstrasse die zukünftige Personal- und Raumentwicklung beim Projektierungskredit mitberücksichtigt werde, damit die Standortfrage – ein Stadthaus mit Erweiterungsbau oder der sanierte Gebäudekomplex Damm-/Oberlandstrasse mit Entwicklungspotenzial geklärt wird.*

*Das Stadthaus II ist schon länger ein zentrales Thema. Es kann doch nicht sein, dass ein solches Projekt sang und klanglos aus der Investitionsplanung gestrichen wird und quasi im Projekt Dammstrasse abgehandelt wird. Bevor man also die Dammstrasse in Angriff nimmt, müsste man doch endlich einmal die Bedarfsanalyse erstellen, nur dann haben wir Entscheidungsgrundlagen, um über die Dammstrasse zu entscheiden. Warum sich der Stadtrat mit dem so schwer tut bleibt ein Rätsel. Liegt es am Geld? Auf jeden Fall ist es praktisch, den Finanzplan als Entschuldigung zu nehmen. Aber sind wir doch ehrlich, bis anhin war der Finanzplan ein Instrument, das die ungefähre Richtung aufzeigte und alles andere als genau war. Im 2009 hat man das Stadthaus II bereits im Investitionsprogramm mit CHF 20 Mio. ab 2013 eingestellt. Nehmen wir dazu eine wichtige Kennzahl für Investitionsentscheide. Vor nur gerade 3 Jahren prognostizierte man, dass die Stadt im 2013 eine Nettoschuld von CHF 17 Mio. habe. Im heute vorliegenden Finanzplan geht man für 2013 von einem Nettovermögen von CHF 70 Mio., eine Differenz von über CHF 80 Mio. Ich nehme dieses Beispiel um aufzuzeigen, dass der Finanzplan, in dem in den letzten 10 Jahren immer sehr düster und pessimistisch budgetiert wurde, niemals als Entscheidungsgrundlage herhalten darf, um eine so wichtige Bedarfsabklärung immer wieder zu verschieben.*

*Wir beantragen deshalb, im Investitionsprogramm 2013 für die Bedarfsabklärung Stadthaus II einen Kredit von CHF 300'000.- aufzunehmen.*

2. Dezember 2012

Markus Wanner

### **Thomas Wüthrich**

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Dass die zweimal 50'000.- Fr. für die Sanierung des Kiosks an der Schiffflände gestrichen werden, halten die Grünen angesichts der aktuellen Sachlage für richtig.*

*Nicht einverstanden sind die Grünen jedoch mit der vollständigen Streichung des Investitionsbetrags für die Villa am Aabach. Wir gehen mit den Antragstellern darin einig, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht sehr sinnvoll ist, die Innenräume mit einer Viertelmillion Franken zu sanieren, wenn überhaupt noch nicht klar ist, was in der Villa in Zukunft stattfinden soll.*

*Es wäre jedoch verlorene Zeit, wenn man sich nicht intensiv Gedanken würde, was mit der Villa weiter geschehen soll. Ob das im Rahmen der Planung für den Park am Aabach geschehen kann, ist schwierig abzuschätzen.*

*Die Grünen plädieren jedoch dafür, dass für die Villa unter dem Titel „Projektierung weitere Verwendung“ 100'000.- Fr. in der Investitionsplanung 2013 belassen werden. So stehen Mittel zur Verfügung, um den weiteren Verwendungszweck der Villa sorgfältig abklären und planen zu können.*

*Die Grünen unterstützen den Antrag der SP den Investitionsbetrag für das Stadthaus II wieder in die Investitionsplanung aufzunehmen. In den Beratungen konnte nicht restlos geklärt werden, warum der Betrag nicht mehr in der Planung ist. Die Grünen erachten jedoch den Bau eines Stadthauses II neben dem bestehenden Gebäude aus verschiedenen Gründen für wünschenswert. Der Stadtverwaltung sollen genügend Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, so dass keine Fremdmieten mehr anfallen. Aus städtebaulicher Sicht drängt sich die Planung ebenfalls auf. Gerade im Zusammenhang mit der Zentrumsplanung ist dem Stadthaus II genügend Beachtung zu schenken.*

*Thomas Wüthrich  
Gemeinderat Grüne*

Weiter führt **Thomas Wüthrich** aus:

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Die Grünen konnten für die Kürzungsanträge der FDP nicht viel Verständnis aufbringen. Umso mehr möchten wir einen Antrag der FDP zur LG Grundstückbewirtschaftung Seite F 4 loben.*

*Der Abänderungsantrag für das Ziel Z 01 und insbesondere die Begründung dafür erachten wir als sehr bemerkenswert. „Ein Verkauf von städtischem Land soll nicht mehr als Zielsetzung festgelegt werden“ steht da geschrieben. Und weiter: „Die Stadt muss unbedingt über genügend Landreserven verfügen. Der Zeithorizont hat dabei nicht 10, sondern 50 bis 100 Jahre zu betragen.“*

*Und da auch der Finanzvorstand mündlich versicherte, sich wenn immer möglich aktiv für den Erwerb von Grundstücken zu engagieren, wäre die Änderung des Ziels Z 01 umso sinnvoller.*

*Der Haltung der FDP haben die Grünen eigentlich nichts hinzuzufügen, ausser dass die Stadt für den Erwerb von Grundstücken über ausreichend liquide Mittel verfügen sollte, soll Z01 auch wirklich umgesetzt werden können. Das verträgt sich schlecht mit der von der FDP bislang verfolgten Steuersenkungspolitik.*

*Zu guter Letzt fehlt jetzt nur noch ein klares Statement der SVP-EDU-Fraktion, dass unser Tafelsilber nicht weiter verscherbelt werden soll ...*

*Die Grünen unterstützen den Antrag auf Abänderung des Ziels Z01!*

*Thomas Wüthrich  
Gemeinderat Grüne*

**Stadtrat Werner Egli** ergreift das Wort. Zum Antrag betreffend Z01, „Kauf“ durch „Tausch“ abzulösen: Die Stadt Uster besitzt noch v.a. Land in der Loren und im Müliholz. Aufwertungen finden statt durch die Zuführung einer nutzvollen Verwendung. Wenn das Wort „Kauf“ gänzlich gestrichen wird, kann die Stadt vom Grundsatz her nicht mehr verkaufen. Potentiellen Investoren einen „Tausch“ anbieten, ist nicht realisierbar. Mit dieser Einschränkung wird es also für Uster unmöglich, Land an Investoren zu veräussern. Dass wir wenn immer möglich versuchen zu tauschen, haben wir bewiesen, das geht aber nicht immer. Die Variante, Land im Baurecht abzugeben anstatt zu verkaufen, hat der Stadtrat geprüft. Dies ist aber bei Gewerbezellen ganz

schwierig, nicht zuletzt sind Banken bei der Baurechtfinanzierung sehr zurückhaltend. Deshalb beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat, diesen Antrag abzulehnen. Grössere Landgeschäfte kommen ja eh vor den Rat oder sogar vor's Volk zur Abstimmung.

**Cla Famos** weist darauf hin, dass für die FDP/JFU-Fraktion die Antwort des Stadtrates in Ordnung ist. Eine langfristige Ausrichtung ist massgebend. So wie der Stadtrat agiert, reicht es uns, darum haben wir den Antrag nicht mehr weitergezogen. Wir möchten beliebt machen, nicht alles wieder aufzuwärmen, was in der Kommission besprochen wurde. Ausserdem könnte man sonst auch im voraus kommunizieren und nicht erst kurz vor oder in der Ratssitzung.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

### **Kürzungsantrag**

*Der Globalkredit des GF Liegenschaften soll um CHF 200'000 auf CHF 8'031'000 gekürzt werden.*

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst  
mit 17 : 17 Stimmen (Stichentscheid Präsident)  
den Antrag abzulehnen.**

### **Antrag**

*Investitionsplanung, Nr. 6, Kiosk Schiffflände: Gänzliche Streichung der Investition.*

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst  
mit 31 : 0 Stimmen  
den Antrag anzunehmen.**

### **Antrag**

*Investitionsplanung, Nr. 19, Villa am Aabach: Gänzliche Streichung der Investition.*

**Dieser Antrag wird ausgemehrt gegen den Antrag der Grünen, nur CHF 100'000 zu streichen.**

### **Abstimmung**

**Streichung von CHF 100'000: 14 Stimmen  
Streichung von CHF 250'000: 19 Stimmen**

### **Abstimmung über den Antrag um Streichung von CHF 250'000**

**Der Gemeinderat beschliesst  
mit 23 : 10 Stimmen  
den Antrag anzunehmen.**

**Antrag**

*Investitionsplanung, Nr. 5\_Bedarfsabklärung Stadthaus II: Es sei ein Projektierungskredit von CHF 300'000.- in den Investitionsplan 2013 aufzunehmen.*

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst  
mit 11 : 24 Stimmen  
den Antrag abzulehnen.**

Thomas Wüthrich zieht seinen Antrag betreffend Z01 zurück.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

#### 4.9 GF Infrastrukturbau und Unterhalt

Es referiert **Balthasar Thalmann**.

*Herr Präsident  
Geschätzte Anwesende*

*Das Geschäftsfeld Infrastrukturbau und Unterhalt beantragt einen Globalkredit von 5.6 Mio. Franken. Das sind Fr. 190'000 mehr als für das laufende Jahr, obwohl 90% Stellenprozente weniger vorgesehen sind. 1.1 Stellen wechseln von der LG Stadtentwässerung ins Geschäftsfeld Hochbau und Vermessung; gleichzeitig wird in der Leistungsgruppe Infrastrukturmangement 20 Stellenprozente mehr beantragt. Diese Erhöhung des Stellenentats ist nötig für die Begleitung der anstehenden grösseren Infrastrukturprojekte wie die Sanierungen der Burgstrasse oder der Sonnenbergstrasse.*

*Die Leistungsaufträge führten nicht zu grossen Diskussionen in der KPB. Anders die Investitionsplanung. Hier aber zuerst der Reihe nach:*

*Der Stadtrat hat auf einen eigentlichen Novemberbrief verzichtet, möchte aber die Investitionsplanung wie folgt geändert haben:*

*Nr. 82 Sonnenbergstrasse (Wildsbergstrasse-Pfannenstilstrasse inkl. Kreisel) 1860 statt 1100  
Nr. 102 Wilstrasse 50 statt 350  
Nr. 127 Sonnenbergstrasse, Kanalersatz 640 statt 500  
Nr. 135 Massnahmenplan Liegenschaftenentwässerung 0 statt 100  
Nr. 160 Sanierung Bootsabstellplätze 0 statt 500*

*Wer mitgerechnet hat, stellt fest, dass diese Änderungen in der Summe ein Nullsummenspiel sind.*

*Zu Fragen hat das Investitionskonto Nr. 64 Instandsetzung Strassenbeleuchtung geführt. Dies ist ein Investitionssammelkonto. Und zwar muss die Stadt in den kommenden Jahren zahlreiche Strassenkandelaber ersetzen. Sie macht das in Zusammenarbeit mit der Energie Uster AG. Zur Finanzierung ist jährlich Fr. 300'000 eingesetzt.*

*Weiter erwähnenswert ist die Tatsache, dass das Investitionsvorhaben Nr. 94 Verlängerung Greifenseestrasse auf 0 gesetzt wurde. Der Stadtrat begründet dies damit, dass die künftige bauliche Entwicklung des Gebiets zwischen Nänikon und Volketswil seit Annahme der Kulturlandinitiative völlig unsicher sei. Und der Ausbaustandard dieser Strasse hänge stark davon ab.*

*Es wurden in der KPB 2 Änderungsanträge gestellt:*

- 1. wurde beantragt, für das Investitionsvorhaben Nr. 35 Ackerstrasse Ost Fr. 100'000 im VA 2013 einzustellen. Begründet wurde dieser Antrag damit, dass diese Investition seit Jahren immer wieder verschoben worden sei, die Strasse in einem dringend sanierungsbedürftigen Zustand sei und von einer Sanierung und Aufwertung über 500 Haushalte direkt profitierten. Der Antrag wurde mit 4:4 Stimmen abgelehnt.*
- 2. wurde der Antrag gestellt, beim Investitionsvorhaben Nr. 89 Talweg, Sanierung Fr. 100'000 im Jahr 2013 vorzusehen. Die Investition sei auch nicht mehr länger nach hinten zu verschieben sondern sei jetzt anzugehen. In der KPB drehte sich die Diskussion auch um Tempo 30 auf dem Talweg, was aber in erster Linie Sache der Abteilung Sicherheit ist. Dieser Antrag wurde letztlich mit 5:3 Stimmen abgelehnt.*

*Die KPB hat jeweils mit 8:0 Stimmen dem Leistungsauftrag und der Investitionsplanung – unter Berücksichtigung der vom Stadtrat beantragten Änderungen – zugestimmt.*

*Auch aus der RPK gibt's nichts weiteres zu berichten. Auch sie beantragt einstimmig Zustimmung zum stadträtlichen Antrag.*

*Besten Dank.  
Balthasar Thalmann*

**Balthasar Thalmann** stellt namens der SP-Fraktion den folgenden Antrag:

**Antrag**

*Investitionsplanung, Nr. 35, Ackerstrasse: Es seien CHF 100'000 im 2013 anstatt im 2014 einzustellen.*

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst  
mit 14 : 19 Stimmen  
den Antrag abzulehnen.**

**Patricio Frei**

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Die Anwohnerinnen und Anwohner des Talwegs können sich diese Jahr freuen: 2012 wurde die Strasse saniert – jedenfalls stand es so im Voranschlag 2009.*

*Doch 2012 gab es am Talweg keine Strassensanierung. Der Grund: Seit 2009 rutschte mit jedem Budgetvoranschlag die Talweg-Erneuerung weiter nach hinten. Im Voranschlag 2013 ist er nun für 2016 oder gar später vorgesehen.*

*Weshalb setzt sich ein Grüner für eine Strassensanierung ein? Ganz einfach: Unser oberster Grundsatz ist Nachhaltigkeit. Es geht uns als weniger um Verkehrspolitik sondern vor allem um einen sorgfältigen Umgang mit unserer Infrastruktur. Was passiert, wenn die Stadt Uster nicht rechtzeitig die Strassen erneuert, sehen wir an der Sonnenbergstrasse eindrücklich: Da kostet die Sanierung nun plötzlich über die Hälfte mehr, 1,86 statt 1,1 Millionen Franken. Grund: Der Unterbau ist in einem schlechteren Zustand als erwartet. Offenbar hat da Uster in der Vergangenheit am falschen Ort gespart.*

*Dieses Fiasko droht sich am Talweg und andernorts in Uster zu wiederholen. Der Talweg weist heute schon Löcher von 5 und mehr Zentimeter Tiefe auf. Wie tief diese Löcher wohl bis 2016 sein werden? Und wie gross wird das Loch in der Ustermer Stadtkasse sein, wenn auch am Talweg der ganze Unterbau erneuert werden muss?*

*Wer für Nachhaltigkeit auch im Umgang mit unserer Infrastruktur ist, stimmt für den Antrag der Grünen, die Sanierung des Talwegs jetzt anzugehen: 100'000 Franken für die Vorarbeiten im 2013, 800'000 Franken für die eigentliche Sanierung im 2014.*

*Wer gegen diesen Antrag stimmt, darf dann nicht überrascht sein, wenn die Sanierung des Talwegs 2016 das Doppelte kostet.*

*Patricio Frei  
Fraktionspräsident Grüne*

**Antrag**

*Investitionsplanung, Nr. 89, Talweg: Es seien im 2013 CHF 100'000 einzustellen.*

**Jean François Rossier** ergreift das Wort und stellt das Wort „Nachhaltigkeit“ im Strassenbau bei einem Grünen Vertreter in Frage. Er hat aus seiner Sicht nur ein Interesse daran, weil er selber da wohnt und darum den Talweg saniert haben möchte. Der Stadtrat hat einen Grund, weshalb er das Projekt nicht im 2013 eingestellt hat. Deshalb lehnt die SVP/EDU-Fraktion den Antrag ab.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst  
mit 15 : 18 Stimmen  
den Antrag abzulehnen.**

#### **4.10 GF Stadtraum und Natur**

Es referiert **Ursula Räuftlin**.

*Geschätzte Anwesende*

*Das GF Stadtraum und Natur beantragt für das Jahr 2013 einen Globalkredit über CHF 3.875 Mio. Dieser liegt um CHF 377'000 oder beinahe 10 % tiefer als für das laufende Jahr.*

*Grund dafür sind vor allem zwei Punkte, auf die ich hinweisen möchte.*

*Ein grosser Anteil dieser geringeren Kosten lässt sich mit den tieferen Kosten des Beitrages an den ZVV begründen. Fürs Jahr 2013 sind 2.25 Mio. budgetiert, also um CHF 325'000 tiefer als im Jahr 2012. Mit der geplanten Verdichtung des Busfahrplanes werden dann ab 2014 wieder höhere Kosten erwartet, da der Kostenverteiler sich unter anderem auf die gewichteten Haltestellenabfahrten stützt.*

*Zum anderen liegt der Globalkredit der LG Natur und Landwirtschaft mit neu CHF 643'000 um CHF 77'000 unter dem Betrag des laufenden Jahres. Diese Reduktion des Globalbudgets resultiert aus einem höher budgetierten Ertrag aus dem städtischen Kleinwasserkraftwerk. Der eigentliche Aufwand in dieser Leitungsgruppe bleibt sich in etwa gleich.*

*Für Investitionen im Geschäftsfeld Stadtraum und Natur sind neu CHF 3.22 Mio. vorgesehen. Die Investition Nr. 160: Sanierung der Bootsabstellplätze im Jahr 2013 entfällt. Dieses Projekt im Umfang von CHF 500'000 wird zurückgestellt.*

*Das GF gab in der Kommission zu keinen weiteren inhaltlichen Diskussionen Anlass. und empfehlen einstimmig die Annahme dieses Geschäftsfeldes.*

*Herzlichen Dank an Herrn Andreas Frei und seine Mitarbeiter der Abteilung Bau, die in diesem Geschäftsfeld eine konstant gute und kostenbewusste Leistung erbringen.*

*Für die KPB  
Ursula Räuftlin  
Gemeinderätin Grünliberale*

#### 4.11 GF Hochbau und Vermessung

Es referiert **Seyhan Kâhya**.

*Lieber Herr Präsident,  
Liebe Anwesende*

*In diesem Geschäftsfeld hat die Erhöhung des Globalkredits der Leistungsgruppe Baubewilligungen und –beratung im Fragen aufgeworfen.*

*Der Kredit in der Leistungsgruppe steigt verglichen zum letzten Jahr um 220'000.- Franken von 436'000.- auf **exakt** 652'000.- Franken. Im gedruckten Exemplar ist der Globalkredit für diese LG falsch abgebildet.*

*Diese Erhöhung ist zum einen auf zusätzliche externe Ingenieurleistungen zur Bewältigung des Sanierungsprojekts privater Liegenschaftsentwässerungsanlagen im Umfang von ca. 100'000.- Franken zurückzuführen, zum anderen auf die Stellenverschiebung aus der Leistungsgruppe Stadtentwässerung zur Leistungsgruppe Baubewilligungen und –beratung von ca. 120'000.- Franken. Diese Stellenverschiebung erklärt auch die Erhöhung im Personal bei der Leistungsgruppe Baubewilligungen und –beratung um 110 Stellenprozent.*

*Des Weiteren wurde bei der Leistungsgruppe Architektur und Denkmalpflege eine interne Verrechnung nicht korrekt erfasst: der Globalkredit für die LG Architektur beträgt 280'000*

*Die KPB hat das GF einstimmig angenommen. Aus der RPK gibt's keine weiteren Bemerkungen. Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.*

*sk-*

#### **4.12 GF Koordination Bildung**

Es referiert **Marianne Siegrist**.

*Die bisherigen Kosten GF Koordination Bildung wurden in die Primarschulverwaltung integriert. Die Kosten der Primarschulverwaltung sind unter Einrechnung dieser Verschiebung um weitere 165'000 Franken gestiegen. Begründet wird die Zunahme mit BVK Kosten, KV Praktikumsplatz, speziellen Informatikprogrammen um die Steuerung zu verbessern und kurzfristigen Doppelbesetzung von geplanten Personalabgängen.*

*Die baulichen Anpassungen im Schalterbereich der Primarschule um die Abläufe für die Kunden zu verbessern, sind im Sommer ausgeführt worden und bewähren sich sehr. Zusätzlich konnten Arbeitsplätze zusammen geführt werden. Damit wird die Kommunikation unter den MA erleichtert.*

##### **Musikschule**

*Die Zunahme der Kosten ist auf die Lohnanpassungen und die zusätzliche Miete von Räumen an der Wagerenstrasse zurückzuführen.*

*Der neue Rahmenkontrakt regelt auf grundsätzlicher Ebene für die Dauer einer Legislaturperiode die Zusammenarbeit. Der Kontrakt wurde in der ersten Jahreshälfte 2012 von sämtlichen Partnern unterzeichnet (u.a. Stadtrat Uster). Die Subkommission hat den Vertrag erhalten.*

*Die langfristige Lösung der Raumproblematik der msug sieht dezentrale Lösungen vor. Der Musikunterricht soll auch weiterhin möglichst auf den bestehenden Schulanlagen erfolgen.*

*Es wird folgender **Kürzungsantrag** gestellt:*

*Das Globalbudget ist um 100'000 auf total 2'275'000 Franken zu kürzen. Dieser Antrag wurde von KBK und RPK je mit 5:4 Stimmen angenommen.*

*Der Leistungsauftrag und das geänderte Globalbudget werden einstimmig angenommen.*

*Marianne Siegrist, 3. Dezember 2012*

##### **Kürzungsantrag**

*Das Globalbudget sei um CHF 100'000 auf CHF 2'275'000 zu kürzen.*

##### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst  
mit 17 : 16 Stimmen  
den Antrag anzunehmen.**

#### 4.13 GF Sicherheit

Es referiert **Stefan Kern** für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit und danach für die Rechnungsprüfungskommission.

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Geschätzte Anwesende*

*Der Globalkredit für 2013 beträgt CHF 3'518'000.— und liegt somit ganz knapp über dem Globalkredit von CHF 3'516'000.— für 2012.  
Anlass zur Diskussion gab jedoch die budgetierte Erhöhung von 2 neuen Stellen in der Leistungsgruppe Stadtpolizei von 28.9 auf 30.9 Stellen. Diese Erhöhung wird wie folgt begründet:  
50 % für die Quartierpolizei (neu somit 100 %)  
50 % für die Verkehrsinstruktion  
100 % für den Jugenddienst  
Anlässlich der KöS-Sitzung vom 19. November 2012 wurde der Antrag um Kürzung des Globalkredites um CHF 220'000.— auf neu CHF 3'298'000.— gestellt.  
Begründung dieser Kürzung lautet zusammengefasst wie folgt:  
Aus Sicht des Antragstellers ist lediglich eine Stellenerhöhung um 50% anstatt der beantragten 200% zu bewilligen. Der Antrag zur Stellenerhöhung wird nur bei der Verkehrsinstruktion (50 %) unterstützt. Dies, weil ab 2013 neu die Stadtpolizei Uster und nicht mehr die Kantonspolizei die Verkehrsinstruktion durchführt. Die geplante Stellenerhöhungen für die Quartierpolizei und für den Jugenddienst ist zu streichen und soll durch die bestehende Mannschaft ausgeführt werden.  
Dieser Kürzungsantrag wurde in der KöS mit 4 zu 3 Stimmen angenommen.  
Das Geschäftsfeld Sicherheit mit dem reduzierten Globalkredit von neu CHF 3'298'000.— wurde mit 5 zu 2 Stimmen durch die KöS angenommen.*

*Nänikon, 28. November 2012  
Stefan Kern  
Gemeinderat Uster*

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Geschätzte Anwesende  
Der Globalkredit für 2013 beträgt CHF 3'518'000.— und liegt somit ganz knapp über dem Globalkredit von CHF 3'516'000.— für 2012.  
Wie bereits in der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KöS) fand auch anlässlich der RPK-Sitzung vom 26. November 2012 die budgetierte Erhöhung von 2 neuen Stellen in der Leistungsgruppe Stadtpolizei von 28.9 auf 30.9 Stellen Anlass zur Diskussion. Diese Erhöhung wird wie folgt begründet:  
50 % für die Quartierpolizei (neu somit 100 %)  
50 % für die Verkehrsinstruktion  
100 % für den Jugenddienst  
Anlässlich der KöS-Sitzung vom 19. November 2012 wurde der Antrag um Kürzung des Globalkredites um CHF 220'000.— auf neu CHF 3'298'000.— gestellt und mit 4 zu 3 Stimmen von der KöS angenommen.  
Anlässlich der RPK-Sitzung vom 26. November 2012 wurde der Antrag um Kürzung des Globalkredites um neu CHF 100'000.— (anstelle der CHF 220'000.--) gestellt.  
Die Begründung basiert auf derjenigen des in der KöS gestellten Kürzungsantrages. Dank den zusätzlichen Erläuterungen von Jörg Ganster, Abteilungsleiter Sicherheit, mittels schriftlicher Stellungnahme vom 21. November 2012 und den persönlichen Ausführungen von Hans Streit, Stadtrat und Vorstand dieses Geschäftsfeldes, während der RPK-Sitzung konnten die Antragsteller insofern überzeugt werden, dass der in der RPK gestellte Kürzungsantrag noch CHF 100'000.— betrug anstelle des in der KöS angenommenen Kürzungsantrages von CHF 220'000.--.*

*Da nun 2 angenommene Anträge vorlagen (derjenige der Kös sowie derjenige der RPK), wurde im Rahmen einer Ausmarchung (Gegenüberstellung der beiden Kürzungsanträge von CHF 220'000.— und CHF 100'000.—) der Antrag von CHF 100'000.— mit 9 zu 0 Stimmen, also einstimmig durch die RPK angenommen und der Kürzungsantrag von CHF 220'000.— von der Kös einstimmig abgelehnt. Der nun verbliebene Antrag zur Kürzung des Globalkredites 2013 von CHF 3'518'000.— auf neu CHF 3'418'000.— wurde in der RPK mit 7 zu 2 Stimmen abgelehnt. Somit bleibt der für 2013 budgetierte Globalkredit von CHF 3'518'000.— unverändert.*

*Nänikon, 28. November 2012  
Stefan Kern  
Gemeinderat Uster*

**Stadtrat Hans Streit** ergreift das Wort. Er kritisiert, dass eine Abteilung mit guten Resultaten jetzt noch Kürzungen erfahren muss und zwar genau da, wo die Umfrage in der Bevölkerung zeigt, dass noch Restanzen sind, wie im Jugend- und Quartierdienst. Das Littering-Problem kann auch gleich mit dem Quartierdienst behoben werden. Die Kosten für Sicherheit sind in Uster weit unter dem Durchschnitt zu vergleichbaren Städten.

#### **Cla Famos**

##### **Antrag**

*Wir beantragen, den Globalkredit des GF Sicherheit um CHF 100'000 auf CHF 3'418'000 zu kürzen. Dies entspricht einer Kürzung der budgetierten Stellenerhöhung um 150% (Stellenprozente).*

##### **Begründung**

*Aus unserer Sicht ist lediglich eine Stellenerhöhung um 50% anstatt der beantragten 200% zu bewilligen. Der Antrag zur Stellenerhöhung wird nur bei der Verkehrsinstruktion (50%) unterstützt. Dies weil ab nächstem Jahr neu die Stapo und nicht mehr die Kapo die Verkehrsinstruktion durchführt. Die Intensivierung des Jugenddienstes und der Quartierpolizei (welche wir begrüßen) sollte mit der bestehenden Mannschaft ausgeführt werden können. Die Sicherheitslage in Uster ist gut und hat sich gemäss der letzten Umfrage sogar noch stark verbessert.*

*Wir orientieren uns beim Globalkredit (der einzige Hebel des Gemeinderates) nun an der Aussage der Abteilung Sicherheit, dass die Stellenerhöhung von 150% für das Jahr 2013 nur einen Betrag von CHF 100'000 ausmacht – auch wenn wir gewisse Bedenken haben, ob damit wirklich 1.5 neue Stellen aufgebaut werden können, und wir eine „Einpreisung“ künftiger Einnahmen aus Bussen (sozusagen im Nettoverfahren) problematisch finden.*

*Unserer Fraktion liegt eine gute Polizei am Herzen. Es ist völlig unbestritten, dass es Bereiche innerhalb der Polizei gibt, welche dringend ausgebaut werden sollten. Z.B. Strafverfolgung (allg. Kripo), cyber crime, Menschenhandel, etc. Sämtliche erwähnten Bereiche sind jedoch in der Kompetenz des Kantons. Die Stapo Uster soll eine gute Gemeindepolizei sein, welche in ihrer Zuständigkeit handelt, nicht mehr und nicht weniger. So wie sie jetzt aufgestellt ist, kann sie den Leistungsauftrag gut erfüllen.*

*Die Stapo ist heute sehr gut in der Lage, zusammen mit den Diensten der Kapo die Sicherheit von Uster zu gewährleisten. Dafür sei ihr hier – der ganzen Mannschaft und der Führung – ein grosses Lob ausgesprochen. Mit der zu bewilligenden moderaten Stellenerhöhung von 50% können diese Dienste sogar noch etwas ausgebaut werden. Eine stärkere Stellenaufstockung ist mit dem finanzpolitischen Ziel Nr. 3 (Ausgabensteigerung) des Stadtrates nicht vereinbar.*

*Überdies: Wenn offenbar die Stellenbesetzung von zwei seit längerem vakanten Stellen schon Mühe bereitet, sollte man sich jetzt darauf konzentrieren, die offenen und bewilligten Stellen auch wirklich zu besetzen.*

*Schliesslich noch ein Wort zum Leistungsauftrag: Obwohl der 24h-Dienst nicht mehr im Leistungsauftrag aufgeführt ist, geistert dieses Konzept offenbar immer noch in der Verwaltung herum. Damit sollte jetzt Schluss sein. Denn es ist nach der Diskussion im Gemeinderat klar geworden, dass es bis auf absehbare Zeit keinen 24h-Dienst braucht. Deshalb ist er nicht weiter zu verfolgen – auch nicht implizit, wie das in einer Antwort der Verwaltung angetönt wurde.*

### **Thomas Wüthrich**

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*Nach dem Lob der Grünen gibt's wieder Unverständnis für den Antrag der FDP auf Kürzung des Globalkredits im GF Sicherheit.*

*Sicher, der 24h-Dienst der Stadtpolizei ist nicht mehr im Leistungsauftrag enthalten. Daraus aber zu schliessen, dass das Thema ganz vom Tisch sei, ist wohl Wunschdenken.*

*Der Schlussbericht zur subjektiven Sicherheit in Uster spricht da eine etwas andere Sprache. Die Befragten fänden einen 24h-Dienst mehrheitlich sehr wohl wünschenswert und sind in der Mehrheit auch bereit, dafür mehr Geld auszugeben. Ergo, Sicherheit ist der Ustermer Bevölkerung etwas wert.*

*Es kommt auch klar zum Ausdruck, dass das Sicherheitsgefühl noch verstärkt werden kann, wenn die Polizeipräsenz sichtbarer wäre. Das umfasst genau die Fuss- oder Velo-Patrouillen durchs Quartier und den Jugenddienst, deren Ausbau der Kürzungsantrag nun zu verhindern versucht.*

*Da hat die FDP die Stimme des Volkes wohl nicht gehört.*

*Und dann einfach mit dem Verschieben von Stellen aus der Sicherheits- und Verkehrspolizei das Problem zu lösen, scheint den Grünen sehr abenteuerlich. Da wird der hohe Sicherheitsstandard in der Stadt leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Und im Verkehr ist ja nicht alles einfach zum Besten bestellt. So wünschen sich 57% der Studie befragten Personen einen besseren Schutz der Velofahrer im Strassenverkehr. Dieser Schutz ist aus Sicht der Grünen bislang nämlich zu kurz gekommen.*

*Und der Jugenddienst ist weiter zu stärken, weil dort eindeutig am meisten präventive Wirkung erzielt werden kann. Jeder Franken der dort investiert wird, muss nachher nicht doppelt bezahlt werden, wenn unerwünschte Entwicklungen eingedämmt werden wollen.*

*Und es ist noch nicht lange her, da schob das Korps der Stadtpolizei Hunderte, ja Tausende von Überstunden, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Das wollen die Grünen nicht noch einmal erleben. Es gilt jetzt dem Polizeikorps Sorge zu tragen und die zusätzlichen Stellen zu bewilligen.*

*Die Grünen lehnen den Kürzungsantrag deshalb ab.*

*Thomas Wüthrich  
Gemeinderat Grüne*

### **Thomas Kürsteiner**

*Die SVP/EDU-Fraktion kann dem Kürzungsantrag im Geschäftsfeld Sicherheit beim besten Willen nicht zustimmen.*

*Gemäss in der KÖS geführten Diskussionen entspreche die Kürzung dem im GF Sicherheit beantragten Stellenausbau bei der Stadtpolizei. Im Budget beantragt das GF für das Jahr 2013*

*allerdings nicht, wie es bei einem Stellenausbau zu vermuten wäre, einen höheren Globalkredit, sondern einen gegenüber dem Budget 2012 gleichbleibenden. Der auf die Leistungsgruppe Stadtpolizei entfallende Anteil ist im Budget 2013 gar tiefer als im Vorjahr. Das GF Sicherheit und die Stadtpolizei arbeiten damit bereits kostenbewusst und kostengünstig. Aus der Sicht der SVP/EDU-Fraktion besteht im GF Sicherheit deshalb kein Anlass, einer solchen Kürzung zuzustimmen.*

*Mit dem beantragten Stellenausbau soll die Quartier- und die Jugendpolizei verstärkt werden. Unserer Meinung nach sind dies sinnvolle Vorhaben. Soll sich die Polizei so doch mehr dort zeigen können, wo wir wohnen und einen Grossteil unserer Zeit verbringen, nämlich in den Quartieren und soll so, das Problem der Jugenddelinquenz doch verstärkt an der Wurzel angegangen werden können, indem Polizisten in sachgerechter Art und Weise den Dialog mit Jugendlichen suchen.*

*Wie die jüngste Bevölkerungsbefragung gezeigt hat, fühlt sich die Ustermer Bevölkerung sehr sicher. Dieses erfreuliche Resultat haben wir insbesondere der guten Leistung und dem unermüdlichen Einsatz unserer Stadtpolizei zu verdanken. Sich aufgrund solch erfreulicher Umfrageresultate jedoch zufrieden zu geben und dann auch gleich noch mit dem Rotstift anzusetzen und Streichungen zu beantragen, kann es nicht sein. Im Gegenteil: Trotz hohem Sicherheitsempfinden sollte uns weiterhin daran gelegen sein, für noch mehr Sicherheit zu sorgen. Mit dem beabsichtigten Ausbau der Quartier- und Jugendpolizei werden von der Umfrage ans Licht gebrachte Sicherheitsbedenken der Bevölkerung auf- und ernst genommen.*

*Da wir uns für mehr Sicherheit in den Quartieren und einen Ausbau des Jugenddienstes einsetzen wollen und keinen Anlass für Kürzungen im GF Sicherheit sehen, lehnen wir den gestellten Kürzungsantrag ab und bitten Sie uns dies gleich zu tun.*

*Uster, 3. Dezember 2012*

*Thomas Kürsteiner, Gemeinderats*

**Werner Kessler** führt aus, dass die Sicherheit das höchste Gut ist, was wir in unserem Land haben. Dieses jetzt abzubauen und später bei Bedarf wieder aufzubauen, ist nicht gut.

### **Ursi Räuftlin**

*Sehr geehrter Präsident,  
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

*Der im Oktober 2012 veröffentlichte Bericht zur subjektiven Sicherheit in der Stadt Uster zeigte ein sehr befriedigendes Ergebnis. 95,2 % der befragten Personen fühlen sich im Allgemeinen sicher oder sehr sicher. Und 90,8 % sind mit der Arbeit der Stadtpolizei zufrieden oder sehr zufrieden.*

*Jeder hier im Saal kennt vermutlich jeder das Paretoprinzip, auch bekannt als 80-zu-20-Regel. Diese Regel besagt, dass 80 % der Ergebnisse mit 20 % der Aufwandes erreicht werden. Die verbleibenden 20 % der Ergebnisse benötigen 80 % des Gesamtaufwandes und verursachen die meisten Kosten. Übertragen auf die Sicherheit in Uster würde dies bedeuten, dass wir zur Erreichung einer noch höheren subjektiven Sicherheit in Uster eine enorme Erhöhung des Polizeibestandes in Betracht ziehen müssten. Mit 28,9 Stellen fühlen sich 95,2 % der Einwohner sicher. Mit weiteren 1,5 Stellen wären wir dann vielleicht bei 95,6 % der Einwohner, die sich sicher fühlen und mit 10 weiteren Stellen bei 96,2 %? Irgendwann müssten wir jedem einzelnen, der sich nicht sicher fühlt einen eigenen Polizisten an die Hand geben.*

*Wir sind in Uster was die Sicherheit anbelangt nicht nur auf guten Weg, sondern auf einem guten Stand. Belassen wir es dabei.*

*Da ab nächstem Jahr die Stadtpolizei anstelle der Kantonspolizei die Verkehrsinstruktionen an den Schulen durchführt, ist eine Stellenerhöhung um 50% gerechtfertigt. Die von der Bevölkerung gewünscht Intensivierung der Präsenz in den Quartieren und bei den Jugendlichen sollte unseres Erachtens mit dem bestehenden Korps realisiert werden können. Eine Erweiterung um 300 h Präsenzzeit beim Jugenddienst rechtfertigt keine 100%-Stelle. Einen Ausbau der Stadtpolizei mit zusätzlichen beantragten 150-Stellenprozenten, welche aus unserer Sicht in Richtung 24-Stunden-Dienst abzielen, lehnen wir ab.*

*Die GLP-EVP-CVP-Fraktion unterstützt den vorliegenden Kürzungsantrag.*

*Ursula Räuftlin  
Gemeinderätin Grünliberale*

### **Ruedi Gysi**

*Herr Gemeinderatspräsident,  
geschätzte Damen und Herren*

*Ausgerechnet im GF Sicherheit soll gekürzt werden und das in einer Zeit wo Private und Firmen ihre Sicherheitssysteme ausbauen weil Überfälle, Einbrüche und Diebstähle zunehmen.*

*In Uster fühle man sich wohl und die Sicherheit sei hier gewährleistet so wurde es uns in den letzten Wochen mitgeteilt. Am letzten Samstag musste ich aber wieder erfahren, dass nach dem Oktoberfest im Stadtpark ein Mann zusammengeschlagen und beraubt wurde. Neuste Meldung von Heute auch am „Uster-Märt“ kam es zu einem Zwischenfall mit Körperverletzung. Aber es sind doch zwei Fälle die zeigen, dass es jederzeit zu Übergriffen kommen kann. Es geht hier bei der Sicherheit aber nicht nur um schwere Delikte, nein auch Anpöbeleien haben etwas mit Sicherheit zu tun.*

*Die Aufgaben der Stadtpolizei werden immer umfangreicher und eine Kürzung in diesem GF wäre unverantwortlich. Nebst den Sicherheits- und Verkehrsaufgaben hat der Verkehrsunterricht in den Schulen eine ganz wichtige Funktion. Wenn nun gekürzt wird dann kann es sein, dass besonders diese Aufgabe nicht mehr gewährleistet ist.*

*Ich bitte sie meine Damen und Herren diesen Kürzungsantrag abzulehnen,  
denn es geht um die Sicherheit von uns allen aber besonders auch um unsere Kinder.*

*Ruedi Gysi, SVP Gemeinderat*

### **Marius Weder**

*Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende*

*Betrachtet man die Verhältnisse der Sicherheitssituation in Uster einerseits und die personelle und organisatorische Situation bei der Stadtpolizei Uster andererseits, so gäbe es eigentlich nur Erfreuliches festzustellen. Wie die Antwort des Stadtrats auf unsere diesbezügliche Interpellation Anfang dieses Jahres zu Tage gefördert hat, präsentiert sich die Sicherheitssituation in Uster im Vergleich zu anderen vergleichbaren Städten im Kanton Zürich sehr positiv, und nunmehr hat sich, wie die Bevölkerungsumfrage 2012 über das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in Uster aufgezeigt hat, auch das subjektive Sicherheitsempfinden im Vergleich zum Jahr 2009 markant verbessert. In organisatorischer Hinsicht bei der Stadtpolizei kann man feststellen, dass nun gewissermassen in deutlich ruhigeren Gewässern gesegelt wird, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall.*

*Rein von den nüchternen Zahlen her, gäbe es also eigentlich keinen Grund, bei der Stadtpolizei eine Aufstockung der Stellen vorzunehmen, insbesondere wenn man den Vergleich zu anderen*

*Geschäftsfeldern zieht, die sich teilweise sehr schmerzhaft Kürzungen ihrer Globalkredite gefallen lassen müssen. Dass der einst geplante 24h-Dienst der Stadtpolizei - zumindest offiziell - nicht mehr Gegenstand des Leistungsauftrags der Stadtpolizei ist, ist daher nichts als logisch. Betrachtet man aber die Begründung für die vorliegend dennoch beantragte Erhöhung - nämlich dass neben der Verkehrsinstruktion an der Primarschule, die neu von den Gemeinden statt vom Kanton vorgenommen werden muss, auch der Jugenddienst um 100 Stellenprozente ausgebaut werden soll -, so ergibt sich durchaus eine sachliche Rechtfertigung für die Aufstockung. Dass der Jugenddienst der Stadtpolizei sich sehr positiv etabliert hat, darauf hat an dieser Stelle in der Vergangenheit ja bereits hingewiesen werden können. Und dass diese Institution auf keinen Fall geschwächt werden darf, ist uns sehr wichtig.*

*Ein gewisser fader Beigeschmack bleibt aufgrund einiger Punkte aber aus unserer Sicht dennoch. So ist seitens des Stadtrats bzw. der Abteilung Sicherheit bereits für das Budget 2010 eine Aufstockung um 200 Stellenprozente damit begründet worden, man wolle in diesem Umfang den Jugenddienst einrichten. Später hat sich dann gezeigt, dass diese beiden Polizeibeamten nur je die Hälfte ihres Beschäftigungsumfanges für den Jugenddienst haben aufwenden dürfen, dem Jugenddienst also nur netto 100 Stellenprozente zugewiesen worden sind. Die heute beantragte Aufstockung um nochmals zweimal 50 Stellenprozente wird also nur das vollziehen, was bereits vor drei Jahren versprochen worden ist. Betrachtet man sodann die Kennzahl K01 betreffend Präsenz Jugenddienst auf Seite K/6, so stellt man eine Steigerung vom Budget 2012 zum Budget 2013 von 2'000 auf 2'300, also um kümmerliche 300 Jahresmannstunden fest, und selbst im Vergleich zu den Ist-Zahlen 2011 beträgt die Steigerung lediglich knapp 700 Jahresmannstunden. Rein von den beantragten neuen Stellenprozenten her müsste es also zumindest im Vergleich zu den Ist-Zahlen 2011 eine Verdoppelung sein. Weiter ist festzustellen, dass der Jugenddienst bei der Stadtpolizei im Rahmen des Leistungsauftrags noch keine Erwähnung findet. Angesichts seiner mittlerweile doch grossen Bedeutung innerhalb der Stadtpolizei müsste dies unseres Erachtens für die Zukunft angepasst werden. Hält man sich diese Umstände vor Augen, so ist eine gewisse Sorge, dass auch die jetzt zur Debatte stehenden zusätzlichen 100 Stellenprozente statt für den Jugenddienst ganz oder zumindest teilweise für andere Bereiche der Polizei, z.B. für den allgemeinen Sicherheitsdienst verwendet werden könnten, durchaus begründet.*

*Abschliessend sei noch auf Folgendes hinzuweisen: Auch wenn hier natürlich keineswegs ein unmittelbarer direkter Kausalzusammenhang konstruiert werden soll, so erscheint es doch zumindest von seiner Wirkung gegen Aussen hin ziemlich paradox, wenn wir hier heute im Rat eine Aufstockung des Jugenddienstes der Stadtpolizei, der ja den teilweise repressiven und teilweise präventiven Umgang mit gewissermassen verhaltensauffälligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Gegenstand hat, beschliessen, um dann ca. eine Stunde später eine umso grössere Kürzung bei den sonderpädagogischen Angeboten der Primarschule vorzunehmen, wo es um den präventiv orientierten Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern geht. Als speziell logisch und zielgerichtet könnte ein solches Verhalten des Rats jedenfalls nicht bezeichnet werden.*

*In Würdigung aller Umstände ist zu sagen, dass bei unserer Fraktion die Sorge überwiegt, dass im Falle der Gutheissung einer Kürzung des Globalkredits der Jugenddienst polizeiintern ungebührlich unter Druck geraten könnte. Wir werden die Anträge auf Kürzung des Globalkredits um 220'000 oder 100'000 Franken daher ablehnen oder uns der Stimme enthalten. Was die Stellung des Jugenddienstes innerhalb des Geschäftsfelds Sicherheit bzw. der Leistungsgruppe Stadtpolizei betrifft, so werden wir auch weiterhin ein wachsames Auge haben und auf die konkrete Festschreibung eines entsprechenden Leistungsauftrags hinwirken.*



Marius Weder

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

**Kürzungsantrag**

*Der Globalkredit des GF Sicherheit ist um CHF 220'000 auf CHF 3'298'000 zu kürzen. Dies entspricht einer Kürzung der beantragten Stellenerhöhung um 150 (Stellenprozente).*

Die beiden Anträge werden miteinander ausgemacht.

Kürzung um CHF 100'000: 26 Stimmen

Kürzung um CHF 220'000: 0 Stimmen

**Abstimmung über den Kürzungsantrag von CHF 100'000**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 10 : 19 Stimmen**

**den Antrag abzulehnen.**

#### 4.14 GF Publikumsdienst

Es referiert **Stefan Kern**.

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Geschätzte Anwesende*

*Der budgetierte Globalkredit beträgt CHF 1'218'000.--. Die Erhöhung von CHF 48'000.— gegenüber dem für 2012 budgetierten Globalkredit von CHF 1'170'000.— ist u.a. auf den Umstand der für Januar bis Dezember 2013 projektierten Mikroverfilmung/Digitalisierung des Familienregisters zurückzuführen. Gegenüber den IST-Kosten für 2011 von CHF 1'235'000.— können die Kosten jedoch stabil gehalten werden.*

*Der Globalkredit von CHF 1'218'000.— wurde sowohl von der Kös als auch von der RPK einstimmig angenommen.*

*Nänikon, 28. November 2012  
Stefan Kern  
Gemeinderat Uster*

#### **4.15 GF Soziale Sicherheit**

Es referiert **Bea Mischol**.

*Sehr geehrter Herr Präsident,  
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen  
geschätzte Anwesende*

*Es wird eine Zunahme der Bezügerfälle im Bereich der Zusatzleistungen zur IV erwartet, weil in der Praxis weniger IV –Renten gesprochen werden.*

*Auch verfügen die neuen Leistungsbeziehenden oft über wenig eigene Mittel (z.B. Leistungen Pensionskasse) und sind deshalb auf die Zusatzleistungen zur IV angewiesen.*

*Dies trifft vor allem Familien mit Kindern, Geschiedene oder Alleinerziehende . Es wird in der Zukunft mit einer weiteren Zunahme der Fälle gerechnet.*

*Die aktuell vorliegenden kantonalen Vorgaben veranlassen die Budgetierung von Fr. 200'000.- im GF Soziale Sicherheit. Neu dürfen ab dem 2013 die Heimkosten nicht mehr von der Sozialhilfe getragen werden. Die Kosten der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen, sind voraussichtlich zu 100% durch die politische Gemeinde zu übernehmen.*

*Warum steigt die Leistungsgruppe Sozialversicherung so stark an?*

*(Fr. 10'745'000 auf Fr. 11'356'000)*

*Das Budget ist aufgrund der Vorjahreszahlen plus Fallanstieg Leistungsbeziehende inkl. der Teuerungsanpassung von (0.84%) gemacht worden.*

#### **Zu der Familienergänzende Betreuung**

*Es werden vor allem bestehende Institutionen für ihren Ausbau der Betreuungsplätze unterstützt. 2013 kommt voraussichtlich die „Zipfelkappe“ neu dazu. Die Ansätze der Elternbeiträge bleiben gleich. Vorgesehen ist 466 Kinder zu platzieren. In den Kennzahlen sind es aber nur 237 Plätze. Gemäss den Erfahrungen wird ein Betreuungsplatz von 2 Kindern belegt und es sind nicht alle Kinder gleichzeitig in der Kita.*

#### **Kostendeckungsgrad der Eltern**

*Der Kostendeckungsgrad geht nicht retour. Es wird mit 51% konservativ budgetiert, es handelt sich hier um eine Untergrenze, die von der Stadt vorgeschrieben wird.*

*Der effektive Kostendeckungsgrad liegt bei ca. 65%.*

*Aufgeführt wird für die KESB ein Aufwand von Fr. 947'000.-. Das sind die Kosten, die von der Stadt Uster getragen werden müssen (Schlüssel gemäss Einwohnerzahl). Es wird mit einem Aufwand von ca. Fr. 2 Mio. gerechnet. Der Personalaufwand beträgt ca. Fr. 1,5 Mio.*

*Der KESB Nettoaufwand wird unter dem Abschnitt ‚Globalkredit des Geschäftsfeldes soziale Sicherheit‘ (Seite M/2) aufgeführt. Die aktuellen Vorgaben zu den Globalbudgets sehen nicht vor, dass dieser Aufwand nochmals bei der Leistungsgruppe Kindes- und Erwachsenenschutz erscheint.*

#### **Information bezüglich Warteliste Krippenplätze**

*Das neue Erhebungsmodell wurde im September 2012 erstmals angewendet. Wegen des Schulwechsels wird immer der September gewählt, denn ab diesem Zeitpunkt läuft wieder der normale Schulbetrieb. Es wird aufgezeigt, wo die Probleme liegen.*

*Abweichung zum Mai 2012 waren es 146 Kinder, jetzt sind es noch 102. 67 Kinder davon 34 Säuglinge brauchen bis März 2013 einen Platz die restlichen später.*

*Die Auslastung liegt bei 88%.*

*Aus der RPK gib es keine Bemerkungen.*

*Somit beantragen wir dem Gemeinderat die Leistungsaufträge 2013 – 2016 und das Globalbudget 2013 des Geschäftsfeldes Soziale Sicherheit zur Abnahme.*

#### 4.16 GF Gesundheit

Es referiert **Hilda Schelldorfer**.

*Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Anwesende*

*Am 14. November 2012 trafen sich die Gemeinderäte Hilda Schelldorfer und Ivo Koller mit Stadträtin Esther Rickenbacher und Abteilungsleiter Claude Hunold. Anhand der schriftlich eingereichten Fragen wurden uns bereitwillig und umfassend Auskünfte erteilt. Gleichentags erhielten wir die Antworten schriftlich und danken dafür.*

*GF Gesundheit, Seite N/1 und N/2*

- Bei einem budgetierten Aufwand von TCHF 4'004 und einem Ertrag von TCHF 3'430 wird ein Globalkredit von TCHF 574 beantragt. Gegenüber dem bewilligten Globalkredit 2012 von TCHF 544 entspricht dies einer Erhöhung um TCHF 30, oder 5,5 %.*
- Im Stellenplan wird für das gesamte GF Gesundheit unverändert mit 7.2 Stellen gerechnet.*
- Nach Erhalt des Bronzelabels „Gesundheitsstadt“ im Mai 2012 will der Stadtrat mit einer Standortbestimmung und einem Ressourcen- und Zeitplan aufzeigen, wo Lücken für den Erhalt des Silberlabels geschlossen werden müssen.*
- LG Abfall und Umwelt, Seiten N1 und N/3*
- inkl. Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung, Seite B – 10 (Voranschlag 2013)*
- Ab 01.01.2013 darf das wöchentlich gratis gesammelte Grüngut nur noch in Standard-Containern bereitgestellt werden. Zur Entschärfung des Abfallproblems am See sind weitere Verbesserungsmöglichkeiten in Abklärung. Für 1 neue Unterflur-Sammelstelle auf dem Zellweger-Areal sowie den Ersatz der 3 oberirdischen Sammelstellen beim Volg Nänikon, an der Friedhofstrasse Uster sowie in Wermatswil wird mit Investitionskosten von TCHF 240 gerechnet. Zudem werden neue Standorte gesucht.*
- Trotz Verzögerungen bei der Planung steht das Siegerprojekt für die Gesamtsanierung der Liegenschaften Dammstrasse/Oberlandstrasse fest. Für die dortige Realisierung der Hauptsammelstelle wird mit Kosten von 1.1 Mio. Franken gerechnet, wovon im Investitionsbudget 2013 TCHF 100 für Planungsarbeiten vorgesehen sind.*
- Mit einem Ertragsüberschuss 2013 von TCHF 266 wird der Bestand der „Spezialfinanzierung Abfallbewirtschaftung“ auf rund 3.7 Mio. Franken anwachsen. Eine Senkung der Gebühren wird jährlich geprüft.*
- LG Lebensmittelkontrolle, Seiten N/1 und N/4*
- Die Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich hat sich etabliert und bewährt, sodass keine weitergehenden Massnahmen nötig sind.*
- Antrag an den Gemeinderat*
- Die KSG und auch die RPK haben die Leistungsaufträge 2013-2016 und den Globalkredit 2013 des Geschäftsfeldes Gesundheit von TCHF 574 einstimmig angenommen und empfehlen dem Gemeinderat die Genehmigung.*
- Für die KSG: Hilda Schelldorfer und Ivo Koller*

#### 4.17 GF Betreutes Wohnen

Es referiert **Claudia Bekier**.

*Die Vorbesprechung der Subkommission „Betreutes Wohnen“ fand am 6. November 2012 im Beisein von Stadträtin Esther Rickenbacher, Claude Hunold (Abteilungsleiter Gesundheit), Bernhard Liepelt (Gesamtleiter LG Heime), Silvia Tavaretti (Leiterin LG Spitex) sowie den Subkommissionsmitgliedern Julia Amherd, Peter Wüthrich und mir statt. An der KGS-Sitzung vom 19. November 2012 wurden die Leistungsaufträge und das Globalbudget 2013 einstimmig angenommen. Da in der RPK zu diesem Geschäftsfeld keine Anträge oder Bemerkungen gemacht wurden, entfällt das RPK-Referat.*

*Ich möchte mich im Folgenden nur auf die wesentlichsten Zahlen und Fakten in diesem Geschäftsfeld beschränken:*

##### **Betreutes Wohnen:**

*Im Zentrum steht aktuell und im kommenden Jahr die Ausarbeitung eines Konzeptes für Altersstrategie. An der Ergebniskonferenz vom 12. November wurde der Entwurf vorgestellt, nun wird er weiterentwickelt und nach der Fertigstellung dem Gemeinderat im Frühjahr 2013 präsentiert.*

##### **LG Heime Stadt Uster:**

*Das Jahr 2013 dient der Umsetzung des neuen Erfassungssystems für Pflegeleistungen BESA 4.0. Damit verbunden ist die Einführung eines neuen, 12-stufigen Taxsystems für die Pflege per 1.1.2013.*

*In Zusammenarbeit mit der Ausbildungskooperation erstellen die Heime ab 2013 ein Konzept, um Lernende zu diplomierten Pflegefachpersonen HF ausbilden zu können.*

##### **LG Spitex:**

*Die Spitex Mönchaltorf wird per 1. Januar 2013 in die Spitex Uster integriert. Der seit einigen Jahren feststellbare Trend nach immer grösser werdender Nachfrage der Spitex-Dienstleistungen hält weiterhin an. Pflegebedürftige Menschen bleiben immer länger daheim. Es gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“.*

##### **GF-Globalkredit**

*Der Globalkredit, welcher in diesem Geschäftsfeld im Jahre 2012 rund Fr. 6.75 Mio. betrug, wird für das Jahr 2013 mit Fr. 8.05 Mio. veranschlagt. Dieser Anstieg resultiert hauptsächlich aus der neuen Pflegegesetzverordnung und aus den neuen, vom Regierungsrat festgesetzten Tarifen der Krankenversicherer, welche erhöhte Gemeindeanteile zur Folge haben.*

##### **GF-Investitionsplanung:**

*Das Investitionsbudget der Heime beträgt für das Jahr 2013 Fr. 730'00.- Davon entfällt ein Betrag von Fr. 230'000.- auf die Sanierung von Liften in den Heimen.*

##### **I 06, Anzahl Ausbildungs- und Praktikumsplätze:**

*Sehr positiv ins Auge sticht die Zunahme der Anzahl Ausbildungsplätze: Waren für das Jahr 2012 noch 44 Ausbildungsplätze geplant, so erhöht sich die Zahl für das kommende Jahr auf 51 Plätze. Aufgrund der guten personellen Situation auf den Abteilungen können im Jahr 2013 nach neusten Informationen nun sogar 61 Ausbildungsplätze in diversen Bereichen angeboten werden. Da gerade in den kommenden Jahren wegen Überalterung der Bevölkerung vermehrt Bedarf an Pflegepersonal besteht, ist die erfreuliche Entwicklung des Ausbildungsangebots sehr lobenswert.*

*Für die Subkommission „Betreutes Wohnen, KSG“*

*Claudia Bekier, Gemeinderätin*

*3. Dezember 2012*

#### 4.18 GF Sport

Es referiert **Ruedi Gysi**.

*Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren*

*Am 14. November 2012 standen uns Frau Stadträtin Esther Rickenbacher, Abteilungsleiter Hr. Claude Hunold und der Leiter GF Sport, Hr. Dani Brunner, Red und Antwort zum Voranschlag 2013.*

*Die gute Nachricht im Geschäftsfeld Sport ist der Globalkredit der mit Fr. 2`688.-- nur unwesentlich vom Kredit 2012 abweicht.*

*Auf der Sportanlage Buchholz wird neu ein kompakter Outdoor-Fitnesspark mit verschiedenen Gerätestationen erstellt. Diese Anlage soll dem freien Sport mehr Trainingsmöglichkeiten bieten und auch ältere Sporttreibende animieren sich mehr zu bewegen.*

*Der schlechte Zustand des Vorplatzes vor der Sporthalle musste in den vergangenen Jahren immer wieder ausgebessert werden. Der Platz soll nun gesamthaft saniert und so wieder in einen ansprechenden Zustand versetzt werden.*

*In den drei Badebetriebe sind auf Grund der seit Mai 2011 gültigen SIA-Normen einzelne Anpassungen im Bereich der Wasseraufbereitung notwendig*

*Die Stadt Uster nimmt 2013 an der schweizweiten Bewegungsförderungskampagne „Schweiz bewegt“ teil. An drei bis vier Tagen werden für die Bevölkerung unterschiedliche Bewegungsaktivitäten angeboten. Der Öffentlichkeit können so die Sport- und Bewegungsangebote und die verschiedenen Sportstätten bekannt gemacht werden. Die Umsetzung wird in enger Zusammenarbeit mit den interessierten Sportvereinen durchgeführt.*

*Mit einer Vereinsumfrage sollen die Bedürfnisse der Vereine und die Zufriedenheit mit der Sportinfrastruktur abgeklärt werden. Mit den Rückschlüssen aus der Umfrage sollen die Dienstleistungen des GF Sport optimiert und gemäss den Bedürfnissen weiter entwickelt werden.*

*2013 feiert das Dorfbad sein 125jähriges Bestehen. Dieses Jubiläum soll während der ganzen Sommer-Saison sichtbar sein.*

*Die seit Jahren aufgeführten Werbeerträge sollen nun doch langsam verwirklicht werden. GF Sport konnte mit der Firma Swiss Marketing Academy (übrigens eine Ustermer Firma) auf den 1. November 2012 einen Vertrag abschliessen. Gemäss dieser Firma bestehen bereits Kontakte zu potenziellen Werbepartnern. Es scheint, dass das lange Warten nun doch ein Ende hat denn es bewegt sich etwas bei den Werbeeinnahmen.*

*Das bestehende Garderobengebäude auf der Heusser-Staub Wiese wird abgerissen und durch eine temporäre Containerlösung ersetzt werden. Die Situation in den Duschen ist katastrophal denn alle Garderoben münden in den gleichen Duschaum und das mit Männer- und Frauenmannschaften. Es besteht die Gefahr, dass der Spielbetrieb eingeschränkt oder gar gesperrt wird. Zur Zeit wäre es aber nicht möglich, aus Platzgründen, diese Mannschaften auch noch im Buchholz trainieren zu lassen.*

*Diese Container sind eine Übergangslösung zur Aufrechterhaltung des Trainings- und Wettkampfbetriebes und lassen sich danach andernorts weiterverwenden.*

*2013 wird der Sportpreis der Stadt Uster von Fr. 5`000.-- auf Fr. 10`000.-- erhöht und damit dem Kulturpreis angepasst.*

*Wie sieht die Zukunftsplanung der drei Badebetriebe aus?*

*„Der Gemeinderat stimmte der Dreibäderbetrachtung zu und hat damit die Stossrichtung der Badebetriebe bestimmt. Das Hallenbad soll um ein 50-Meter Becken erweitert und das Strandbad*

*soll massvoll saniert werden. Die Zukunft des Dorfbades wird im Projekt „Park am Aabach“ weiter entwickelt.“*

*Wie sieht der Zeitplan für die Verlegung der Heusser-Staub Wiese in die Sportanlage Buchholz aus?*

*„Die Entwicklungsplanung für die Sportanlage Buchholz ist seit längerer Zeit am Laufen. Voraussichtlich 2015 wird die Planung für die Zusammenführung des Fussballbetriebes an die Hand genommen.“*

*Was sind die Gründe für die Erhöhung der Investitionskosten in der Sportanlage Buchholz?*

*„Die anstehenden Sanierungen bewegen sich auf vergleichbarem Niveau wie in den Vorjahren. 2013 sind 3 Mio. für den Projekt-Fortschritt der Sanierung und Erweiterung des Hallenbades vorgesehen.“*

*Es scheint, dass im GF Sport die Aufgaben gemacht wurden und die Ausgaben trotz Renovationen und Erneuerungen im Rahmen gehalten wurden.*

*Die Kommission hat einstimmig zugestimmt.*

*KBK / GF Sport  
Ruedi Gysi*

#### 4.19 GF Sozialhilfe

Es referiert **Werner Kessler**.

*Es wird mit einem **Globalkredit von Fr. 9'375'000.– gerechnet**. Die leichte Veränderung nach unten mit Fr. 38'000.– gegenüber dem Budget 2012 setzt sich aus folgenden Faktoren zusammen.*

- *Durch die Installation der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) wird die Ausrichtung der Alimentenhilfe und der Kleinkinderbetreuungsbeiträge durch die Sozialbehörde anstelle der 2013 nicht mehr existierenden Vormundschaftsbehörde entschieden. Diese Kosten machen ca. 1 Mio aus. Wobei berücksichtigt wurde, dass Ansätze für die Alimentenbevorschussung durch eine Revision des kantonalen Jugendhilfegesetzes ab 1.1.2013 auf die max. die Höhe der Halbwaisenrente, nämlich zurzeit Fr. 928.-, erhöht wurden. Es werden wohl nicht alle Fälle davon profitieren können, da die Voraussetzung des entsprechenden Scheidungsurteils in dieser Höhe längst nicht überall vorhanden ist. Das wird sich erst nach und nach in der Praxis einspielen durch höhere Urteile.*
- *Das Budget der Sozialberatung wurde leicht erhöht um Fr. 347'000.– und trägt dem Umstand Rechnung, dass bei steigender Quote der Arbeitslosen (zur Zeit Uster 3,2%) die Fallzahlen steigen werden.*
- *Auf der anderen Seite fällt die LG Vormundschaftswesen mit 1.8 Stellen vollständig weg, sodass dann im ganzen GF Sozialhilfe gesamthaft für 2013 etwas weniger ausgegeben werden muss.*

*Das Budget im Geschäftsfeld Sozialhilfe wurde in der KSG am 19.11.2012 einstimmig abgenommen und auch in der RPK gab es keine weiteren Bemerkungen.*

28.11.2012

#### **4.20 GF Primarschule**

Es referiert **Marianne Siegrist**.

*Am 30. Oktober 2012 hat sich die Subkommission (Gabriela Seiler, sie vertritt Anita Borer, Luzia Thaler, Walter Meier und Marianne Siegrist) mit den Vertretern der Primarschule (Stadträtin Sabine Wettstein, Leiter Schulverwaltung Herr Markus Vanza,) für ein Gespräch getroffen. Herzlichen Dank für die Beantwortung unserer Fragen.*

*Die Primarschule weist bei einem Globalkredit von 35.348 Mio. auf den ersten Blick einen fast gleichen Aufwand aus wie im letzten Budget. Die Leistungsgruppe Liegenschaften wird aber ab 2013 dem GF Liegenschaften zugeordnet. Eingestellt sind dafür 4.1 Mio. Aus diesem Grund ergibt sich ein effektiver Mehraufwand von rund 4 Mio. gegenüber dem Budget 2012. Die Mehraufwendungen sind fast ausschliesslich exogenen Faktoren zuzuschreiben. Dies sind höhere Lohnkosten, Sanierung BVK, Wegfall von Transportsubventionen, Wegfall Staatsbeiträge beim Schulpsychologischen Dienst sowie dem Ausbau der Tagesstrukturen.*

*Die geplanten Investitionen betragen 5.86 Mio. Franken*

*Im Zuge der Kosten-Leistungsrechnung wurden die Kostenstellen massiv reduziert – von 256 auf 55. Damit sind Voraussetzungen geschaffen, um ein effizienteres und übersichtlicheres Controlling zu gewährleisten. Neu sind jetzt Quartalsabschlüsse möglich, die der PS ein frühzeitiges Steuern der Kosten ermöglichen.*

*Die Subkommission stellt fest, dass die Kürzung der Beschreibungen von Wirkungs- und Leistungszielen, Indikatoren und Kennzahlen ziemlich rigoros ausgefallen sind. Immerhin beinhaltet die PS rund einen Drittel (Fr. 35 Mio.) des Gesamtkredits. Im Verhältnis dazu erscheinen die Angaben für dieses GF bescheiden. Der Einblick in das Geschäftsfeld und damit die Möglichkeit der Steuerung für den Gemeinderat wird dadurch erschwert. Mehrheitlich fehlen Erklärungen zu Abweichungen. Durch die Verschiebung von Leistungen in andere Leistungsgruppen wurde die Übersichtlichkeit, bzw. die Vergleichbarkeit mit früheren Budgets zusätzlich erschwert. Die Subkommission wünscht sich für nächstes Jahr mehr Transparenz, dokumentiert mit Leistungs- und Wirkungszielen, Indikatoren und Kennzahlen. Die PS machte darauf aufmerksam, dass sie mit der vorliegenden Gliederung die Vorgaben von SR und GL GR vollziehen.*

#### **Einleitung Seite R/1 und R 2**

*Neu werden die Bereiche Informatik, Schulgesundheit und Schulsozialarbeit einzeln aufgeführt, d.h. sie sind nicht mehr einer Leistungsgruppe zugeteilt. Der Grund liegt darin, dass diese Bereiche durch externe Leistungsaufträge definiert sind. Diese Verträge und Rechenschaftsberichte wurden der Subkommission vorgelegt.*

*Die Kostenzunahme bei Schulgesundheit wird mit dem Ausbau der Schulzahnklinik begründet. Die Kosten Schulsozialarbeit beziffern sich gemäss der Leistungsvereinbarung auf 482'000. Im Betrag auf Seite R/1 sind fälschlicherweise die Kosten der Verkehrserziehung sowie der Bibliotheken zusätzlich enthalten.*

*Begründung der Kostenzunahme der Informatik.*

- 1. Zentralisierung der Anschaffungen (Hard-/Software). Damit werden andere Leistungsgruppen entlastet.*
- 2. Mehraufwand Systemadministration (im Zuge der erfolgten Ausbauschritte)*
- 3. Projekt Internetauftritt*

*Seite R 2: Die 3.65 Personalstellen des Schulpsychologischen Dienstes sind neu unter der Position „Sonderpädagogische Angebote“ subsumiert.*

### **Investitionsplanung**

*In der Investitionsrechnung sind vor allem notwendige Unterhaltsarbeiten aufgeführt. Mit je 1.1 Mio. Franken figurieren der Schulpavillon Pünt II (Aufstockung) und die Projektierung SH Krämeracker.*

### **LG Regelunterricht**

*Die vom Kanton bewilligten Vollzeiteinheiten, bzw. Klassen wurden voll ausgeschöpft.*

*Die Kostensteigerung von 2,7 Mio. wird folgendermassen begründet:*

- 1. Transfer bisheriger Leistungen aus der LG Zusatzangebote (Schulprojekte, Lager, Exkursionen, Schwimmunterricht, musikalischer Grundunterricht) sowie aus der LG Sonderpädagogische Angebote (die Kosten der Integrativen Förderung machen allein ca. 1.5 Mio. aus)*
- 2. Lohnkostenanstieg wegen a.o. Stufenanstiege und einmalige Umwandlung pädagogischer Anstellungsverträge*
- 3. BVK Sanierung*
- 4. Drei zusätzliche Vollzeitstellen*
- 5. Erhöhte Transportkosten, z.T. infolge Wegfall von Transportsubventionen*

*Frage zum Indikator I 01: Würde eine Erhöhung der Anzahl Wochenlektionen DaZ pro Schulkind dazu beitragen, dass die Kinder danach möglichst keine integrative Förderung mehr benötigen? Eine Erhöhung der Anzahl Wochenlektionen DAZ würde zu einer besseren Sprachkompetenz beitragen. Ein Abbau der integrativen Förderung ist aber nicht möglich, da hier seitens Kanton eine Mindestanzahl Lektionen vorgeschrieben sind.*

### **LG Tagesstrukturen/Zusatzangebote Seite R 4**

*Die Zunahme der Kosten um 200'000 lässt sich aus dem Zusammenführen der LG Zusatzangebote und der LG Tagesstrukturen erklären. Neu sind nur noch Wintersportlager und fakultative Kurse wie Blöckflötenunterricht (Kosten total 186'000) hier enthalten. Der Ausbau des Schulhorts um 22 % und der Ausbau Ferienhort um 14 % infolge höherer Nachfrage, sind weitere Punkte der Kostenzunahme.*

### **LG Sonderpädagogische Angebote Seite R 5**

*Die Kostenstellen, die in dieser Leistungsgruppe enthalten sind und zu mehr Übersichtlichkeit führen, sind der Subkommission abgegeben worden.*

*Die Kostenzunahme von 400'000 Franken wird wie folgt begründet:*

*Bereinigung bisheriger Leistungen zwischen LG Regelunterricht und Sonderpädagogik (z. B. Integrative Förderung > zu Regelunterricht). Neu werden die Gesamtkosten DAZ, dies sind 1,33 Mio. Franken, in der LG Sonderpädagogische Angebote zusammengefasst. Dies entspricht der vom GR festgesetzten Minimalquote an Lektionen.*

*Die Kosten von externen Sonderschulungen sind um ca. 0,3 Mio. Franken gestiegen, Transporte werden nicht mehr subventioniert.*

*K 01: Die tieferen Kosten pro Kind mit separativer Sonderschulung werden mit dem Agreement mit der Abteilung Soziales begründet. D.h. diese trägt einen Anteil der Heimkosten wenn eine gemischte Indikation (Probleme in Schule und Elternhaus) vorliegt.*

*K 02: Die Abnahme der Anzahl Kinder mit therapeutischen Massnahmen kann leider nicht als Trend interpretiert werden. Ein Teil der therapeutischen Massnahmen erscheint bei der integrativen Förderung oder bei der integrativen Sonderschulung in den Regelklassen.*

*Die neuen Konzepte Begabtenförderung und Kompetenzzentrum Sprache bewähren sich sehr. Letzteres vor allem deshalb, weil die Eltern mehr einbezogen werden.*

*Die Finanzierung des Sonderschulbereichs durch den Kanton ist immer noch nicht abschliessend geregelt. Es werden aber keine markanten Änderungen erwartet.*

### **LG Heilpädagogische Schule**

*Viele Kinder erhalten neu eine integrative Schulung in den Regelklassen. Die Verantwortung liegt nun bei den Schulleitungen der Schuleinheit und nicht mehr bei der HPSU. Aus diesem Grund wurde das Pensum der HPSU Leitung um 40% gekürzt. Die angegebenen Personalstellen HPSU von 35 (Seite R 2) sind nicht korrekt. Richtigerweise sind es ca. 30 Stellen.*

*Von den 62 HPSU Schulkindern sind 26 in Uster wohnhaft.*

*Die Vollkosten eines HPSU geschulten Kindes belaufen sich auch ca. 64'700 Franken. Die Mindestversorgertaxe beträgt 48'000 Franken. Ein integrativ geschultes Kind in der Regelklasse kostet 31'000 Franken.*

*Die 8 Klassen der HPSU sind nicht nur an der Winikerstrasse angesiedelt. Sie verteilen sich auf verschiedene Standorte.*

### **Schulraumstrategie**

*Um für den Zuzug aus dem Zellwegerareal gewappnet zu sein, wird die Aufstockung des Pavillons Pünt II geplant.*

### **Anträge:**

*Der Antrag auf Änderung des Indikators I 01 der LG Regelunterricht DAZ von 0,5 auf 0,75 Wochenlektionen pro Schulkind zu erhöhen wird von KBK und RPK je mit 4:5 Stimmen **abgelehnt**. Die zusätzlichen Kosten würden sich auf ca. 600'000 Franken pro Jahr belaufen, für 2013 pro Rata auf ca. 260'000 Franken.*

*In Anlehnung an den abgelehnten Antrag 121/2012 (Erweiterung Musikalische Grundschule) wird der Antrag gestellt, das Budget um 70'000 Franken zu erhöhen (entspricht anteilmässig den Kosten Aug. bis Dez. 2013), ab 2014 wären es dann jährlich wiederkehrend 145'000 Franken. Dieser Antrag wird von KBK und RPK je mit 4:5 Stimmen **abgelehnt**.*

*Der Antrag zur Kürzung des Globalbudgets Primarschule um 400'000 Franken auf 34'948'000 mit dem Fokus auf die LG Sonderpädagogische Angebote wird von KBK und RPK je mit **5:4 Stimmen angenommen**.*

*Der Leistungsauftrag und das geänderte Globalbudget werden einstimmig angenommen.*

*Marianne Siegrist, Kommission Bildung und Kultur, 3. Dezember 2012*

**Lucia Thaler**

*Liebe Ratskolleginnen und -Kollegen,*

*Geschätzte Anwesende,*

*Der Mehraufwand des GF Primarschule für das Jahr 2013 ist fast ausschliesslich auf exogene Faktoren zurückzuführen, die meisten auf Kantonsebene. Darauf kann die Primarschule Uster keinen Einfluss nehmen. Der in den Kommissionen gestellte Kürzungsantrag von 400'000 Fr. mit Fokus auf die sonderpädagogischen Angebote ist für die SP-Fraktion absolut unverständlich und kontraproduktiv. Da die Primarschule die Ausgaben für die Sonderpädagogik kaum selbst steuern kann, ist es unmöglich, in diesem Bereich zu kürzen. Falls der Kürzungsantrag trotzdem angenommen werden würde, besteht die Gefahr, dass die Primarschulpflege stattdessen dort kürzen muss, wo sie überhaupt einen Gestaltungsspielraum hat. Das würde dann ein Zusammenstreichen der Fakultativkurse und Wintersportlager bedeuten, was ein Armutszeugnis für Uster und gegen die Interessen der Schülerinnen und Schüler wäre. Das Spardiktat von rechts nach dem Kahlschlagprinzip auf Kosten der Schwächsten, auf Kosten der nächsten Generation ist verantwortungslos und würde sich bald rächen. Daher lehnen wir von der SP-Fraktion den Kürzungsantrag entschieden ab.*

*Wir setzen uns für eine Schule ein, die den Grundsatz der Chancengleichheit umsetzt und allen Schülerinnen und Schülern eine gute Bildung und einen guten Start ins Leben anbietet. Den Schlüssel zur Chancengleichheit sowie zur Partizipation am Unterricht und in der Gesellschaft bildet die Sprache. Erfreulich ist, dass sich die Primarschule Uster die Sprachförderung als pädagogischen Schwerpunkt gesetzt hat. Jedoch widerspiegelt sich das leider nicht bei Deutsch als Zweitsprache DaZ, bei dem die PSU nur das kantonal vorgeschriebene Minimum anbietet. Hier besteht dringend Verbesserungsbedarf. Daher stellen wir von der SP-Fraktion den Antrag, der bereits in der KBK und RPK gestellt wurde, die Anzahl Wochenlektionen DaZ pro Schulkind von 0.5 auf 0.75 zu erhöhen. Gemäss Auskunft der Primarschulverwaltung bedeutet das einen Mehraufwand von 260'000 Fr. für das Jahr 2013, was weniger als 1% des Globalbudgets des GF Primarschule entspricht. Das muss uns Chancengleichheit Wert sein, die übrigens auch im Leitbild der PSU gross geschrieben wird. Wir bitten Sie, den DaZ-Antrag zu unterstützen.*

*Lucia Thaler*

### **Antrag**

*Es sei der Indikator I 01, Wochenlektionen DaZ pro Schulkind von 0.5 auf 0.75 zu erhöhen.*

**Primarschulpräsidentin Sabine Wettstein** ergreift das Wort. Sie erinnert an das Referat von ihrem Kollegen Thomas Pedrazzoli und dass es sich dabei um die Konsequenzen hinten hinaus handelt, wenn nun bei der Primarschule gespart wird. Die Primarschule Uster ist ein grosser Arbeitgeber (190 Vollzeitangestellte). Und nur schon die vom Kanton verordneten Lunchchecks für die Lehrer von zusätzlich CHF 230'000 generieren entsprechend Mehrkosten. Der Kanton schiebt weitere Stellen an die Kommunen ab. Die PSU zeigt ihren Sparwillen und wird als Massnahme die Quoten der Kinder mit integrativen Förderung senken. Aber wenn um CHF 400'000 gekürzt wird, dann wird der musikalische Grundunterricht, der Schwimmunterricht usw. darunter leiden. Wir werden schauen, wo wir kürzen können. Sie ersucht den Rat, die Kürzungen nicht vorzunehmen.

**Anita Borer**

*Geschätzter Herr Präsident*

*Sehr geehrte Damen und Herren*

*Jedes Jahr wird unter dem Strich mehr für die Schule ausgegeben. Aktuell wird ein Drittel der Staatsausgaben in die Schule investiert. Schön und gut – wenn es denn auch den erwünschten Mehrwert bringen würde.*

*Es ist klar: Auch auf das Geschäftsfeld Primarschule werden Kosten abgewälzt, welche die Primarschulpflege teilweise nur wenig beeinflussen kann. So zum Beispiel Auswirkungen von eidgenössischen oder kantonalen Gesetzesbeschlüssen oder Kosten aufgrund der Sanierung der BVK. Dies ist ein Appell an die kantonalen Politiker, zu welchen ich auch gehöre. Es kann nicht angehen, dass kantonal immer wieder Änderungen beschlossen werden und die Gemeinden anschliessend für die Folgekosten aufkommen müssen.*

*Der Kanton hat aber nicht alleine diese Mehrkosten zu verantworten. Auch die Primarschulpflege muss die Kostenentwicklung in ihrem Bereich kritisch hinterfragen. Die Primarschule konnte viele Kosten in andere Geschäftsfelder verlagern. So wurde z.B. die Leistungsgruppe Liegenschaften dem Geschäftsfeld Liegenschaften zugeordnet und bei der separativen Sonderschulung übernimmt in gewissen Fällen die Sozialbehörde einen Teil der Kosten. Und dennoch – auch unter Berücksichtigung der eingangs erwähnten zwingend anfallenden Mehrkosten – weist das Geschäftsfeld Primarschule überdurchschnittlich hohe Kosten aus.*

*Immer mehr Zusatzangebote und Anforderungen sollen im Schulbereich erfüllt werden. Die Kosten im Bereich der Regelklassen und im Bereich der integrativen Sonderschulung steigen, ohne dass die Kosten für die separate Sonderschulung sinken. Mehrausgaben pro Schüler in den Regelklassen und ein beunruhigender Anstieg der Anzahl Sonderschüler stechen hierbei insbesondere ins Auge. Und dies ist nicht nur auf die zunehmende Schülerzahl zurückzuführen. Da stellt sich schon die Frage, wie wirksam die in den letzten Jahren getroffenen, teilweise sehr kostenintensiven Massnahmen tatsächlich sind – so z.B. das integrative Schulmodell oder das altersdurchmischte Lernen.*

*Die SVP-/EDU-Fraktion ist der Ansicht, dass im Schulbereich Sparpotenzial vorhanden ist, ohne dass die Schulqualität leidet. Denn den Mehrwert der jährlichen Mehrkosten vermessen wir ganz klar. Dieser Mehrwert müsste in der Bildung der Schülerinnen und Schüler Ausdruck finden – stattdessen klagen immer mehr Lehrlingsausbildner, dass es den Schulabgängern an grundsätzlichen Fertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen mangelt.*

*Wenn mehr nicht mehr ergibt, dann beweist sich vielleicht die Devise, dass weniger mehr ist. Die SVP-/EDU-Fraktion fordert die Primarschulpflege auf, den vorhandenen Entscheidungsspielraum zu nutzen und unzweckmässige Reformen soweit wie möglich zu unterbinden. Eine vermehrte Konzentration auf den Hauptauftrag der Schule – das Vermitteln von Lernstoff – ist anzustreben. In Bezug auf die Schulraumplanung muss die Frage gestellt werden, was wirklich nötig und was „nice to have“ ist. Werden in einer Leistungsgruppe Mehrausgaben zwingend nötig, so sind sie in einem anderen Bereich wieder einzusparen – ganz im Sinne einer umsichtigen Finanzpolitik.*

*Infolge dieser Ausführungen unterstützt die SVP-/EDU-Fraktion den Kürzungsantrag von CHF 400'00.00 und lehnt die Anträge der SP, welche lediglich wieder zur erhöhten Ausgaben ohne Qualitätssteigerung führen, ab.*

## **Ursi Räuftlin**

*Sehr geehrter Präsident,  
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

*Das Verständnis der deutschen Sprache ist zentral, um dem Unterricht in den Regelklassen folgen zu können. Mangelt es bei einzelnen Schülern am Sprachverständnis, erschwert dies den Unterricht der ganzen Klasse. Die fremdsprachigen Kinder sollen so schnell, so gut und so früh als möglich Deutsch lernen, damit sie dem Unterricht folgen können. Das dient der Integration der betroffenen Kinder, erleichtert den Unterricht für alle Kinder und die Lehrer, und nützt somit auch den deutschsprachigen Kindern.*

*Unsere Fraktion ist für die Erhöhung der Anzahl Wochenlektionen DaZ pro Schulkind.*

*Ursula Räuftlin  
Gemeinderätin Grünliberale*

**Kürzungsantrag**

*Das Globalbudget sei um CHF 400'000 auf CHF 34'948'000 zu kürzen. Der Fokus der Kürzung soll auf die LG Sonderpädagogische Angebote gerichtet sein.*

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst  
mit 18 : 17 Stimmen  
den Antrag anzunehmen.**

**Antrag**

*Es sei der Indikator I 01, Wochenlektionen DaZ pro Schulkind von 0.5 auf 0.75 zu erhöhen.*

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst  
mit 17 : 18 Stimmen  
den Antrag abzulehnen.**

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

## 5 Investitionen des Voranschlages 2013

Es werden keine Wortmeldungen erwünscht.

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 28 : 4 Stimmen**

**Der Voranschlag 2013 wird in der vorliegenden Form, unter Berücksichtigung der in der Detailberatung beschlossenen Änderungen und Anpassungen, mit einem**

**Aufwandüberschuss von Fr. 1'638'843 in der laufenden Rechnung,**

**Nettoinvestitionen des Verwaltungsvermögens in der Höhe von Fr. 28'507'000**

**und**

**Nettoinvestitionen des Finanzvermögens von Fr. 750'000**

**genehmigt.**

## 6 Festsetzung des Steuerfusses 2013

Der Steuerfuss liegt gegenwärtig bei 91%. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, diesen beizubehalten.

### Thomas Wüthrich

*Sehr geehrter Herr Präsident  
Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Geschätzte Anwesende*

*In der heutigen Debatte haben wir das prognostizierte Budgetdefizit von rund 2,1 Mio. Franken um rund eine halbe Million auf 1,6 Mio. verkleinert*

*Wie bereits in der Eintretensdebatte ausgeführt sehen die Finanzaufstellungen der Stadt in naher Zukunft zunehmend düsterer aus. Das Nettovermögen kommt unter den vom Stadtrat angepeilten Wert zu liegen. Um die geplanten Investitionen tätigen zu können, muss sich die Stadt wieder verschulden. Ob die Zinsen dann immer noch so tief sein werden, das wissen nur die Kaffeesatzleser.*

*Beim Erhalt unseres Vermögens in Form von Bauten und Infrastruktur muss die Stadt in den kommenden Jahren Einiges zulegen. Sonst drohen die Folgekosten infolge mangelnden Unterhalts ins Unermessliche zu steigen.*

*Ab heute, FDP sei Dank, haben wir nun auch politisch die Chance, in der Bodenpolitik einen anderen, nachhaltigen Kurs einzuschlagen, der aber nicht ohne ausreichend liquide Mittel eingehalten werden kann. Die Stadt soll sich aktiv am Grundstückserwerb beteiligen können.*

*Und schliesslich wird auch der energiepolitische Wandel nicht gratis zu haben sein. Nur schon die Umsetzung des Klimaartikels in unserer Gemeindeordnung wird uns als Stadt einige Anstrengungen und Mittel kosten. Aber es wird sich lohnen.*

*Vor diesem Hintergrund ist das Schrumpfen der Eigenmittel zu minimieren. Und gerne nehmen die Grünen die in der Eintretensdebatte genannte Zielsetzung der SVP auf und beantragen, dass das Budget ausgeglichen ist.*

*Dazu beantragen die Grünen eine Erhöhung des Steuerfusses um 2% auf 93%. Es soll vor allem auch ein Zeichen dafür sein, dass die Stadt anspruchsvolle Zeiten erwarten, die den Einsatz zusätzlicher Mittel erfordern, wollen wir das Leben in der Stadt weiter entwickeln können.*

*Thomas Wüthrich  
Gemeinderat Grüne*

### Antrag Grüne

*Es sei der Steuerfuss um 2 % zu erhöhen.*

### Claudia Bekier

*„Die Höhe des Steuerfusses ist ein nicht zu unterschätzender Faktor, welcher zur Attraktivitätssteigerung einer Gemeinde beiträgt.“ Genau so habe ich vor einem Jahr unser „Steuerfuss-Referat“ eröffnet. Anschliessend käme der schon fast traditionelle Antrag der Bürgerlichen auf eine Senkung des Gemeinde-Steuerfusses. Aussergewöhnlich also, dass dieser Antrag dieses Jahr nicht folgt.*

*Aufgrund der vielen grossen und auch notwendigen Investitionen wie Sanierung/Erweiterung Hallenbad, Schulhaus Krämeracker etc. hat sich unsere Fraktion entschlossen, dem Vorschlag des Stadtrates zu folgen den aktuellen Gemeindesteuerfuss beizubehalten.*

*Der Antrag der Grünen auf 1- oder 2 %-ige Erhöhung des Gemeindesteuerfusses, welcher erst vor zwei Tagen in unsere Mailboxen flatterte, hat uns befremdet. Wie kann es sein, dass eine im Parlament vertretene Partei „vergisst“, eine Steuerfussveränderung in der Vorberatung zu diskutieren?*

*Die SVP/EDU-Fraktion wird einen Antrag auf Erhöhung des Gemeindesteuerfusses nicht unterstützen. Uns Bürgerlichen wird von linker Seite ab und an vorgeworfen, wir seien mit unserer Tiefsteuerpolitik Schuld am budgetierten Defizit. Deshalb gäbe es einen Leistungsabbau. In Tat und Wahrheit ist das Globalbudget bereits wieder höher als noch vor einem Jahr. Von einem Leistungsabbau kann keine Rede sein. Das jüngste Beispiel dazu ist das Thema Bibliothek. Die ursprünglich beantragte Aufstockung im Bereich Bibliothek um 100 Stellen Prozent wird von unserer Fraktion gutgeheissen. Allerdings wehrt sich unsere Fraktion entschieden gegen einen unverhältnismässig aufgeblähten Verwaltungsapparat und gegen explodierende Kosten im personellen Bereich.*

*Da ich keine Finanzexpertin bin, muss ich mir die scheinbar komplexen Vorgänge im Finanzhaushalt unserer Stadt, manchmal mit einfachen Beispielen veranschaulichen. Stellen Sie sich Folgendes vor: In Ihrem Haushalt muss die Waschmaschine ersetzt werden und gleichzeitig steigt auch noch Ihr Tumbler aus. Gleichzeitig wollen Sie aber auch die langersehnte Reise auf die Seychellen antreten. Unglücklicherweise fehlt Ihnen das finanzielle Polster für alle Vorhaben. Was machen Sie? Es gibt zwei naheliegende Möglichkeiten: Sie ersetzen die defekten Haushaltsmaschinen, verzichten auf die teure Reise und machen stattdessen Wanderferien im schönen Zürcher Oberland. Zweite Möglichkeit: Sie wollen auf nichts verzichten und nehmen einen Kredit bei irgendeinem Geldinstitut auf, um die Reise zu finanzieren. Doch was hat das alles mit unserer aktuellen Budgetdebatte zu tun?*

*Wenn Sie in Ihrem Privatleben so wirtschaften, ist das alleine Ihre Angelegenheit. Die Parallele zum Haushalt unserer Stadt besteht darin, dass auch unsere Wunschliste gross ist. Auf diesem Wunschzettel stehen einige sinnvolle und dringende Anliegen, genauso wie luxuriöse „Seychellen-Projekte“. Der einzige Unterschied besteht darin, dass der Steuerzahler für diese extravaganten Ideen aufkommen muss.*

*Die SVP/EDU- Fraktion appelliert deshalb an die Vernunft der Verantwortlichen in den betreffenden Geschäftsfeldern, damit die Kosten im eigenen Haushalt nicht stetig anwachsen. So kann bei gleichbleibendem Steuerfuss der Finanzhaushalt gesund bleiben und der Steuerzahler vor Steuererhöhungen verschont bleiben. Denn wie bereits in unserem Eintrittsreferat gesagt: Die Ausgaben sind den Einnahmen anzupassen und nicht umgekehrt!*

**Balthasar Thalmann** ergreift das Wort und führt als Stellungnahme zu Claudia Bekier aus, dass sich das grundsätzlich plausibel anhört, aber was ist mit dem Geschäftsfeld Sicherheit? Es ist aus seiner Sicht scheinheilig, was die SVP hier macht und man sollte die ganze Geschichte erzählen.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst  
mit 10 : 23 Stimmen  
den Antrag abzulehnen.**

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 25 : 3 Stimmen**

**Der Steuerfuss 2013 zur Deckung des Aufwandes der Politischen Gemeindegutes wird auf 91 % (91 %) des einfachen Steuerertrages festgesetzt.**

## 7 Schlussabstimmung

### Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 : 3 Stimmen

Die Leistungsaufträge 2013 – 2016 und Globalbudgets 2013 der Geschäftsfelder Steuerung und Führung, Bürgerrecht und Dienste, Kultur, Finanzen, Liegenschaften, Infrastrukturbau und Unterhalt, Stadtraum und Natur, Hochbau und Vermessung, Koordination Bildung, Sicherheit, Publikumsdienst, Soziale Sicherheit, Gesundheit, Betreutes Wohnen, Sport, Sozialhilfe und Primarschule sowie des LA Parlamentarische Dienste werden mit den in der Detailberatung beschlossenen Änderungen und Anpassungen bzw. Kürzungen und der Laufenden Rechnung 2013 genehmigt.

### Abstimmung über den Antrag aus der RPK

Die BVK-Sanierungsbeiträge sind pro Geschäftsfeld im Anhang aufzuführen, dies ab Budget 2014 sowie für die Rechnungslegung ab 2013.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 35 : 0 Stimmen

den Antrag anzunehmen.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 21. Januar 2013 statt.

Schluss der Sitzung 22.30 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin  
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

Datum Der Präsident  
Walter Strucken

Datum Die Stimmenzähler

Marianne Siegrist

Thomas Wüthrich

Bruno Modolo